

pg papers

Diskussionspapiere aus dem Fachbereich Pflege und Gesundheit

pg-papers 03/2017

November 2017

Vorstellungen von sozialer Respektabilität und (Selbst-)Stigmatisierung bei Familien im SGB-II-Bezug

Nina Welsch

Hochschule Fulda
University of Applied Sciences



Nina Welsch

Vorstellungen von sozialer Respektabilität und (Selbst-)Stigmatisierung bei Familien im SGB-II-Bezug

Ergebnisse einer Kritischen Diskursanalyse von Alltagsdiskursen betroffener Familien

pg-papers 03/2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.d-nb.de> abrufbar.

pg-papers

Diskussionspapiere aus dem Fachbereich Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda

Herausgeber:

Fachbereich Pflege und Gesundheit

Hochschule Fulda

Leipziger Straße 123

36037 Fulda

Tel: +49(0)661/9640-600

Fax:+49(0)661/9640-649

ISBN 978-3-940713-20-9

Copyright © pg-papers, November 2017

Inhalt

Zusammenfassung	6
1 Vorstellungen von sozialer Respektabilität und Prozesse der Stigmatisierung armer Familien: Zur Problemsituation	7
2 Theoretische Zugänge und der Stand der wissenschaftlichen Diskussion: Zu Respektabilitätsvorstellungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung	9
3 Empirischer Teil.....	13
3.1 Zur methodischen Herangehensweise: Erforschung von Respektabilitätsvorstellungen in Paarinterviews anhand der Kritischen Diskursanalyse	13
3.2 „Mit Würde hat Hartz IV in keinstem Fall mehr was zu tun“: Vorseilender Gehorsam und Selbstbeschämung in der Familie Peters.....	14
3.2.1 Zur Familiensituation.....	14
3.2.2 Ergebnisse	15
3.3 „Man muss sich wirklich ein dickes Fell wachsen lassen“: Schlagfertigkeit und partielle Aufrechterhaltung der Respektabilität in der Familie Schulz	19
3.3.1 Zur Familiensituation.....	19
3.3.2 Ergebnisse	20
3.4 Synopse familialer Respektabilitätsvorstellungen: Die Familien Peters und Schulz im Fallvergleich.....	23
4 Respektabilitätsvorstellungen als Topos familialer Armutforschung? Reflexion des methodischen Vorgehens und zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse.....	27
Abbildungsverzeichnis	32
Literatur	33

Zusammenfassung

Soziale Ungleichheit, deren Reproduktion und daraus resultierende negative Folgen für Betroffene sind in Deutschland nach wie vor ein hoch aktuelles Problem. Die Leistungen der Politik hinsichtlich einer Abmilderung der Ungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren sind indes als eher marginal zu bezeichnen. Im Gegenteil, denn das Empfinden, in einer „Abstiegsgesellschaft“ zu leben, wird für viele Menschen immer präsenter. Entsolidarisierung gegenüber den „Schwächsten“ der Gesellschaft ist eine der Folgen und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Forschung zum Thema soziale Ungleichheit ist damit relevanter denn je. Um der intergenerationalen Reproduktion sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken, wären u.a. wissenschaftliche Erkenntnisse über alltäglich ablaufende Stigmatisierungsprozesse und ihnen zugrundeliegende Vorstellungen von sozialer Respektabilität von immenser Bedeutung. Ziel dieser Analyse war es deshalb, Erkenntnisse darüber zu erlangen, welche Vorstellungen von gesellschaftlicher Achtbarkeit arme Familien konstruieren. Die Grundlage dafür bildet Datenmaterial aus dem Projekt „Lebenszusammenhänge in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften“ (FALÉHA) der Hochschule Fulda und der Universität Augsburg.

Die Untersuchung basiert auf der Analyse biographischer Paarinterviews, die mit Familien im SGB-II-Bezug geführt wurden. Da davon ausgegangen wird, dass sozial konstruierte Vorstellungen wie solche von gesellschaftlicher Respektabilität am ehesten durch empirisch-rekonstruktive Methoden eruiert werden können, wurde hierzu die Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (2015) in Kombination mit der Objektiven Hermeneutik (Oevermann et al. 1979) angewandt. So konnten die Prozesse alltäglicher Stigmatisierung in und von armen Familien sowie die ihnen zugrundeliegenden Respektabilitätsvorstellungen untersucht werden.

Die Analysen ergaben, dass es armen Familien in unserer Gesellschaft nur teilweise gelingen kann, Alternativen zu gesellschaftlich dominanten Respektabilitätsvorstellungen zu konstruieren. Besonders dem diskursiv und institutionell verankerten Leistungsprinzip bleiben sie offenbar stärker verhaftet, als ihnen in der öffentlichen Debatte zugeschrieben wird. In alltäglichen Diskursen sehen sie sich einer Übermacht gegenüber und werden mit ihren eigenen Diskurs- und Handlungspositionen kaum gehört. Aus der Sicht der vorgelegten empirischen Analysen ist die in Deutschland vorherrschende Leistungsmetaphorik als kritisch zu bewerten, da sie soziale Ungleichheit legitimiert und/oder entpolitisiert und sowohl die Diskriminierung armer Familien als auch gesamtgesellschaftliche Entsolidarisierungstendenzen stark begünstigt. Politische Strategien sollten sich um alternative Deutungen zu diesem hegemonialen Leistungsgedanken bemühen und sozialpolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung danach ausrichten.

1 Vorstellungen von sozialer Respektabilität und Prozesse der Stigmatisierung armer Familien: Zur Problemsituation

Bedauerlicherweise ist gesellschaftliche Ungleichheit auch in einem vermeintlich hochentwickelten Land wie Deutschland nach wie vor ein gleichermaßen aktuelles und problematisches Phänomen. Obgleich die gesundheitlichen und sozialen Folgen für Personen, die in sozial deprivierten Verhältnissen leben, mittlerweile als gut erforscht gelten, sehen sich Public-Health-ForscherInnen bzgl. der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten immer noch zahlreichen offenen Fragen gegenüber. Beispielsweise ist nach wie vor nicht bekannt, welche Faktoren bei Prozessen positionalen Ordnens im gesellschaftlichen Alltag eine Rolle spielen und wie diese Prozesse im Einzelnen aussehen.¹ Um solchen (Re-)Produktionsprozessen aber politisch nachhaltig etwas entgegenzusetzen zu können, wären wissenschaftliche Erkenntnisse hierzu äußerst hilfreich.

Forschungsvorhaben in der gesundheitswissenschaftlichen Ungleichheitsforschung setzen oftmals beim betroffenen *Individuum* an und untersuchen bspw. wie Armut erlebt wird. Weitestgehend unklar ist hingegen nach wie vor, wie *Prozesse* der Zuschreibung sozialer Positionen der als arm geltenden Personen oder Familien, insbesondere Stigmatisierungsprozesse, im Alltag ablaufen (Welsch 2016: 3ff.). Um jedoch grundlegend und nachhaltig intervenieren zu können, ist es unerlässlich, sich eingehender mit diesen sozialen Prozessen zu befassen. Nur, wenn wir die institutionellen und individuellen Voraussetzungen kennen, die Prozesse der (Selbst-)Stigmatisierung bedingen, und verstehen, wie sie in alltäglichen Interaktionen erzeugt und beständig reproduziert werden (vgl. Berger/Luckmann 1980), ist es uns auch möglich, Betroffene vor negativen Folgen zu schützen. Hierzu ist es notwendig, sich mit den zugrundeliegenden Vorstellungen der agierenden Subjekte (der Stigmatisierenden und der Stigmatisierten) zu befassen, denn diese leiten deren Handeln – und beeinflussen somit auch alltägliche Prozesse (vgl. Blumer 1973). Besonders in den Fokus rücken bei der Betrachtung von Stigmatisierungsprozessen Vorstellungen zur sozialen Respektabilität, da diese bestimmen, was in einer Gesellschaft, in einem Milieu oder einer Region als „normal“ bzw. „achtbar“ und was als „deviant“ oder „abweichend“ und somit als stigmatisierend gilt (Goffman 1980: 10f.).

Bei der Frage nach Stigmatisierungsprozessen und der Reproduktion sozialer Ungleichheit scheint es sinnvoll, vor allem von Armut betroffene *Familien* in den Blick zu nehmen. Schließlich sind durch alltäglich ablaufende, sehr persönliche und tiefgehende Interaktionen vor allem Personen aus dem familialen Kontext grundlegend an der Konstruktion handlungsleitender Sinnstrukturen beteiligt. Äußerst relevant für die Ungleichheitsforschung ist der familiale Kontext auch insofern, als dass die Wahrscheinlichkeit, im weiteren Lebensverlauf Benachteiligungen zu erfahren, für Kinder aus deprivierten Verhältnissen höher ist als für Kinder, die in privilegierten sozialen Lagen aufgewachsen sind (Tophoven 2011: 237; Pollak 2016: 209). Allert (1998: 2) zufolge ist die Familie als „zentrales soziales System“ zu betrachten, da

¹ Dass hierbei die institutionelle Einbettung in Form des standardisierten Leistungsgeschehens nach dem SGB II eine wesentliche Rolle spielt, soll hier keineswegs völlig ausgeblendet werden. Als arm geltende Familien haben in Deutschland keine (legale) Möglichkeit, ihre Existenz außerhalb des Rechtssystems zu sichern, ihre Handlungsmöglichkeiten sind durch institutionalisierte Strukturen wie das Arbeitsmarkt- oder Schulsystem (nicht zuletzt auch materiell) limitiert. In dieser Untersuchung wurde der Fokus jedoch auf im Alltag ablaufende Mikroprozesse gelegt.

sie einige wesentliche gesellschaftliche Funktionen erfüllt², die von keinem anderen Sozialsystem in gleicher Weise erbracht werden. Sozial konstruierte Vorstellungen werden hier intergenerational reproduziert bzw. verändert (Allert 1998: 1). Sprechen wir in Deutschland aktuell über als arm geltende Familien, so sind damit vor allem Familien im SGB-II-Bezug („Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften“) gemeint.

Doch ist es für Betroffene überhaupt möglich, Prozessen sozialer Diskriminierung und Stigmatisierung bzw. ihren negativen Folgen zu entgehen? Erving Goffman ging davon aus, dass von Stigmatisierung Betroffene sich i.d.R. auch selbst stigmatisieren, weil sie gesellschaftlich dominante Wertvorstellungen, also Vorstellungen von sozialer Respektabilität, internalisiert haben und sich daher stets an diesen messen (Goffman 1980: 16). Goffman betont jedoch auch, dass Betroffene eigene, von gesellschaftlichen Normen unabhängige Vorstellungen von Respektabilität entwickeln können, was sie seiner Theorie zufolge vor Selbststigmatisierungsprozessen und somit vor einem beschädigten Selbstkonzept – und ggf. negativen Folgen wie Überschuldung, gesundheitlichen Konsequenzen und der Verstetigung von Armut – schützen kann (Goffman 1980: 15f.; 19f.). Daher stellt sich aus der Sicht von GesundheitswissenschaftlerInnen die Frage, inwiefern sich die Vorstellungen von Respektabilität in als arm geltenden Familien von den in der Mehrheitsgesellschaft vorherrschenden Konstruktionen unterscheiden. Messen arme Familien sich *tatsächlich* an den Idealen sozialer Respektabilität, oder gelingt es ihnen, alternative Deutungsmuster zu entwickeln und dadurch die eigene Identität vor Diskreditierung zu schützen? Kann die (Selbst-)Stigmatisierung dieser Familien durch bestimmte Faktoren verhindert werden? Das Wissen über diese Vorstellungen ist – auch wenn wir die Stigmatisierung Betroffener vielleicht nicht unmittelbar verhindern können – auch deshalb wertvoll und praxisrelevant, weil es uns Anhaltspunkte dafür liefern kann, wie betroffene Familien künftig durch Public-Health-Maßnahmen besser erreicht werden können.

² Bspw. die „Selbstreproduktion der Gesellschaft“ sowie die „Konstitution personaler Autonomie“ (Allert 1998: 2).

2 Theoretische Zugänge und der Stand der wissenschaftlichen Diskussion: Zu Respektabilitätsvorstellungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung

Bevor der Frage nachgegangen werden kann, inwiefern arme Familien sich an den dominanten gesellschaftlichen Vorstellungen zu sozialer Respektabilität messen und welche Schlüsse daraus im Bezug auf alltägliche (Selbst-)Stigmatisierungsprozesse gezogen werden können, gilt es noch einige Begrifflichkeiten zu klären.

Wie oben bereits angedeutet, hat Erving Goffman eine theoretische Konzeption in Bezug auf Stigmata und den Umgang der Betroffenen damit erarbeitet³ (vgl. Goffman 1980). Als Stigma definiert Goffman dabei eine Eigenschaft, die in unerwünschter Weise von den Erwartungen der Gesellschaft abweicht⁴ (Goffman 1980: 13).

Den Stigmatisierungsprozess, also einen Prozess sozialer Bewertung und der Zuschreibung sozialer Positionen, expliziert er anhand zweier theoretischen Begriffe, der *virtualen* und der *aktualen sozialen Identität*. Während erstere die erwarteten Eigenschaften einer Person beschreibt, umfasst letztere die Gesamtheit der Eigenschaften, die ein Individuum nachweislich tatsächlich besitzt (Goffman 1980: 10). Im Interaktionsprozess (mindestens) zweier Individuen treffen nun die sozialen Erwartungen (virtuale soziale Identität) und die tatsächlichen Eigenschaften einer Person (aktuelle soziale Identität) aufeinander. Diese sozialen Erwartungen basieren auf den Vorstellungen über Respektabilität, also Annahmen, wie eine Person sein sollte, um *gesellschaftliche Achtbarkeit* zu erlangen. Was von diesen Vorstellungen abweicht, gilt folglich (in bestimmten Kontexten) als Stigma in einer Gesellschaft. Stellt sich nun im Laufe einer Interaktion heraus, dass das Gegenüber in nicht wünschenswerter Weise von den Erwartungen des anderen abweicht, wird es im Folgenden als beeinträchtigt wahrgenommen und gilt als stigmatisiert bzw. ist von Stigmatisierung bedroht (Goffman 1980: 10ff.). Obgleich Goffman den Begriff der *Respektabilität* nicht gebraucht, sondern von „Ehrsystemen“ (im Original: „systems of honor“) spricht, legt die Lektüre seines Werkes eine fast identische Bedeutung beider Begriffe nahe (Goffman 1980: 15ff.).

Axel Honneth (1990) gebraucht in seinen Überlegungen zu Anerkennung und Missachtung den Begriff der *Würde*. Er verdeutlicht, dass das Selbstbild einer Person – und damit auch ihre Würde – grundlegend durch die intersubjektive Anerkennung durch ihre Mitmenschen konstituiert wird (Honneth 1990: 1043ff.). Das bedeutet im Umkehrschluss auch, dass die Erfahrungen der Missachtung das Potenzial haben, die gesamte Identität eines Individuums zu bedrohen. Dabei unterscheidet Honneth verschiedene Typen von Missachtungserfahrungen nach dem Maß, in dem sie die Identität der missachteten Person erschüttern können: Die erste Art der Missachtung betrifft die leibliche Integrität einer Person,

³ An anderer Stelle konnte ich bereits zeigen, dass dieses Konzept nach wie vor hoch aktuell ist und sich auch für die Betrachtung von Stigmatisierungsprozessen in (post-)modernen Gesellschaften eignet (Welsch 2016).

⁴ Zur Veranschaulichung: Eine allgemeine Erwartung an einen jungen Menschen in unserer Gesellschaft ist, dass er gesund ist. Eine Behinderung oder schwere Erkrankung weicht von dieser Vorstellung ab und kann in bestimmten Kontexten so zu einem Stigma werden.

bspw. in Form körperlicher Misshandlung. Sie ist die elementarste Art persönlicher Erniedrigung und hat den tiefgehendsten und destruktivsten Charakter aller drei Typen, da sie sowohl das Selbst- als auch das Weltvertrauen der betroffenen Person nachhaltig zerstören kann. Der zweite Typ von Missachtungserfahrungen bezieht sich auf das normative Selbstverständnis eines Subjekts. Hierbei wird eine Person strukturell von bestimmten gesellschaftlichen „Rechten“ ausgeschlossen, sodass sie sich nicht mehr als „Gleiche unter Gleichen“ fühlen kann und Gefahr läuft, infolgedessen ihre Selbstachtung zu verlieren. Die dritte Weise der Missachtung betrifft die individuelle Lebensweise und zeigt sich bspw. durch Beleidigungen, also einen Entzug sozialer Wertschätzung und Solidarität. Das betroffene Individuum fühlt sich in seinem sozialen Wert herabgestuft (Honneth 1990: 1045ff.).

In beiden theoretischen Zugängen zu Stigmatisierungsprozessen wird also die intersubjektive Komponente der Respektabilität bzw. Würde betont. Während Goffman uns Hinweise liefert, wie der Stigmatisierungsprozess im Detail ablaufen mag, sensibilisieren Honneths Überlegungen für die weitreichenden Folgen sozialer Missachtung sowie die verschiedenen Ebenen, auf denen sie sichtbar werden kann.

Es soll an dieser Stelle allerdings keine umfassende Vorab-Definition darüber erfolgen, was genau Vorstellungen von sozialer Respektabilität („Würde“) ausmacht, da es sich bei dieser Untersuchung um eine empirisch-explorative handelt, also die *Sichtweise der Betroffenen* aus dem vorliegenden Datenmaterial heraus rekonstruiert werden soll. In Anlehnung an die Arbeiten von Goffman, Honneth sowie Berger/Luckmann und Blumer wurden den folgenden Analysen lediglich die nachfolgenden theoretisch fundierten Vermutungen zugrunde gelegt: Vorstellungen von sozialer Respektabilität sind je nach sozialem, epochalem, kulturellem etc. Kontext variable (Berger/Luckmann 1980: 1; 3), prozesshafte Konstrukte, die, folgen wir den Annahmen des symbolischen Interaktionismus, in sozialen Interaktionen beständig (re-)produziert werden (vgl. Blumer 1973). Da es sich bei Stigmatisierungsprozessen eben um ein prozessförmiges Geschehen handelt, wird außerdem angenommen, dass jedes Individuum sich gleichsam mit seiner gesellschaftlichen Position auf einem multidimensionalen⁵ Kontinuum zwischen den Polen der vollständigen sozialen Respektabilität und der vollständigen Stigmatisierung bewegt und dass diese Position sich je nach Kontext verschieben kann. Goffman (1980: 170) schreibt hierzu, dass ein Individuum niemals nur stigmatisiert oder nur sozial achtbar ist, sondern „immer an beiden Rollen partizipiert, zumindest in einigen Zusammenhängen und in einigen Lebensphasen“.

In dieser Studie lag der Fokus auf den Vorstellungen der Betroffenen, d.h. es sollte eruiert werden, welche Vorstellungen von sozialer Respektabilität als arm geltende Familien und ihre Mitglieder verinnerlicht haben. Wie bereits angeklungen ist, gibt es bisher kaum Studien, die Aufschluss hinsichtlich dieses Forschungsinteresses versprechen (Welsch 2016: 3ff.).

Um nun untersuchen zu können, inwiefern die Respektabilitätsvorstellungen in den Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften sich mit denen in der Mehrheitsgesellschaft decken oder von ihnen abweichen, müssen wir uns zunächst fragen: Wie sehen diese gesellschaftlich dominanten Vorstellungen von Respektabilität überhaupt aus? Welcher Wert wird in diesem Kontext der Erwerbsarbeit beigemessen und wie werden Erwerbslosigkeit und Armut bewertet? Auch zu diesen Fragen gibt es nur wenige Studien, die sich diesen Aspekten direkt widmen, sodass viele der im Folgenden referierten Quellen das For-

⁵ Stigmatisierung kann schließlich auf einer Vielzahl von Dimensionen (z. B. körperlichen oder sozialen Merkmalen) basieren.

schungsinteresse dieser Arbeit eher mittelbar streifen. Dennoch können sie uns – mehr oder weniger auf empirische Daten gestützt – Auskunft über Vorstellungen von sozialer Respektabilität in der deutschen Mehrheitsgesellschaft geben.

Umfrageergebnisse zur sozialen Selbsteinschätzung weisen zunächst einmal darauf hin, dass die eigene soziale Positionierung in Deutschland recht eng mit der beruflichen Position in Verbindung gebracht wird (vgl. Bünning 2016). Erwerbsarbeit scheint also nach wie vor der wichtigste Faktor für die eigene angenommene *soziale Identität* (Goffman 1980: 10) zu sein. Auch Eigenverantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft wird in unserer Gesellschaft ein erhebliches Maß an Bedeutung beigemessen: Sie sind gesellschaftlichen Zuschreibungen zufolge wesentliche – wenn nicht *die* wesentlichen – Faktoren für soziale Aufstiegschancen (vgl. Pollak 2010), woraus im Umkehrschluss folgen könnte: Wer nicht erfolgreich ist, ist daran selbst schuld oder zumindest in starkem Maße dafür mitverantwortlich. Wer selbstverschuldet gesellschaftlich absteigt bzw. sich am unteren Ende der Statushierarchie nicht bemüht, (wieder) aufzusteigen, erfährt somit schnell soziale Missachtung und gilt offenbar als sanktionierungswürdig (Hörstermann/Andreß 2015: 161). Selbst (oder vor allem?) armen Familien würde von vielen Befragten sogar weniger finanzielle Unterstützung zugestanden, als dies mit den im Sozialrecht verankerten ALG-II-Regelsätzen zur Gewährung des Existenzminimums tatsächlich der Fall ist. Das könnte darauf hinweisen, dass von Armut Betroffene, insbesondere wenn sie nicht alleinstehend sind, in unserer Gesellschaft momentan als Bedrohung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands wahrgenommen werden (Lessenich 2003: 217f.). Dazu passt auch die weit verbreitete Ansicht, viele Langzeitarbeitslose seien gar nicht wirklich daran interessiert, eine neue Stelle zu finden (vgl. Heitmeyer/Endrikat 2008), womit ihnen implizit unterstellt wird, die gesellschaftliche Solidargemeinschaft ausnutzen zu wollen (Lessenich 2003: 214). Gleichzeitig scheinen auch Abstiegsängste in der Gesellschaft immer mehr Verbreitung zu finden (Neugebauer 2007: 28f.). Diese Angst geht mit der Ansicht einher, dass die individuelle Leistungsbereitschaft kein Garant (mehr) für sozialen Aufstieg sei (vgl. hierzu auch Nachtwey 2017: 135; Grimm 2013). Dies steht allem Anschein nach in Widerspruch zu den oben genannten Befunden. Auf den zweiten Blick ergibt sich aber ein denkbares, durchaus schlüssiges Gesamtbild.

Der gesellschaftliche Konsens besagt nach wie vor: Leistung ist die Voraussetzung, wenn es darum geht, eine höhere soziale Position zu erlangen und zu konsolidieren. Gleichzeitig besteht unterschwellig bei einem großen Teil der Bevölkerung Angst vor einem sozialen Abstieg und es entsteht der Eindruck, dass Leistungsbereitschaft allein angesichts großer Arbeitslosenquoten, zunehmend prekärer Beschäftigungsbedingungen und geringer Mobilitätsraten (Castel 2000: 11, 348f.⁶; Pollak 2010: 39ff.; 49ff.) keine Garantie für Aufstieg und dauerhaften Wohlstand darstellt. Forschungsergebnisse stützen dieses Empfinden auch empirisch: Die Konsolidierung eines einmal erreichten sozialen Status ist schwieriger geworden; Statusunsicherheiten nehmen zu (Grimm 2013: 90). Um existenziellen Ängsten zu begegnen, versucht ein Teil der Bevölkerung anscheinend, sich zunehmend von schlechter gestellten sozialen Gruppen abzugrenzen und deren geringeren sozialen Status zu rechtfertigen (Heitmeyer/Endrikat 2008: 65f.). Im Zuge dessen wird Transferleistungsbeziehenden unterstellt, das sozialstaatliche Leistungssystem ausnutzen zu wollen und damit die Schuld für wahrgenommene oder befürchtete Wohlfahrtsver-

⁶ Die Quelle zitiert als Beleg an dieser Stelle zwar Daten aus Frankreich, bezieht sich jedoch auf gesamteuropäische Entwicklungen.

luste aller zu tragen. Soziale Ungleichheit wird durch solche Deutungen also individualisiert und zugleich legitimiert (Lessenich 2003: 217f.).

In Anbetracht des hier dargelegten Forschungsstandes möchte ich noch einmal anmerken, dass, meinen Recherchen folgend, Respektabilitätsvorstellungen oder andere zugrundeliegende Vorstellungen, die im Zusammenhang mit Stigmatisierungsprozessen stehen, in der Ungleichheitsforschung offenbar noch keine explizite Beachtung gefunden haben. Alle oben genannten empirischen Befunde geben nur indirekt Aufschluss darüber, welche Aspekte in den Respektabilitätsvorstellungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung eine Rolle spielen. Ein Grund dafür mag sein, dass ForscherInnen sich – wenn auch unbewusst – darüber im Klaren sind, dass sie selbst ständig in alltäglichen Interaktionen an der Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen mitwirken. Diese Einsicht ist zweifelsohne eine irritierende und hat durchaus das Potenzial, die Ich-Identität einer Person zu beschädigen (Goffman 1980: 132ff.), sodass Forschungsvorhaben, die in diese Richtung weisen, (un-)bewusst gar nicht oder wenn, dann nur zögerlich aufgenommen und mit knappen Mitteln ausgestattet werden.

3 Empirischer Teil

3.1 Zur methodischen Herangehensweise: Erforschung von Respektabilitätsvorstellungen in Paarinterviews anhand der Kritischen Diskursanalyse

Kommen wir nun zum empirischen Teil meiner Untersuchung. Die analysierten Paarinterviews stammen aus dem Projekt „Lebenszusammenhänge in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften“. Dieses Projekt der Hochschule Fulda, der Universität Augsburg und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befasst sich mit den Lebenswirklichkeiten von Familien im SGB-II-Leitungsbezug und möchte sie in ihrer Vielfältigkeit in sozial-sensitiver Weise (Dickson-Swift et al. 2008: 1ff.) erforschen. Es ist Teil der vom IAB betriebenen Begleitforschung zu den Auswirkungen des SGB II und seiner Leistungen auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen.

Insgesamt wurden mit 36 Familien aus sieben Untersuchungsorten sowohl narrative Paarinterviews (mit den Eltern) als auch Einzelinterviews (mit allen Familienmitgliedern) geführt. Für jede der Interviewarten wurde ein spezielles Instrument erstellt, an dem die ForscherInnen sich während der Gespräche orientieren konnten (Kreher/Schneider 2015: 10). Zusätzlich zu den Erzählungen der Familien wurde auch ein Genogramm für jede Familie angefertigt und es wurden soziodemographische Merkmale mithilfe eines Sozialstatistikbogens erfasst (Kreher/Schneider 2015: 10f.; 13). Die Samplingstrategie zielte darauf ab, eine möglichst hohe Varianz bei den einbezogenen Familien zu erreichen. So sollten sie z. B. im Hinblick auf die Größe der Haushalte, die Formen des Hilfebezugs, das Alter der Kinder oder in der praktizierten Form der Lebensführung (Ehe, geschieden, „Patchwork-Familie“ etc.) möglichst kontrastreich sein (Kreher/Schneider 2015: 11).

Die Fälle für die folgenden Analysen wurden nach dem Prinzip des Theoretischen Samplings (vgl. hierzu Glaser/Strauss 2005: 45ff.) ausgewählt. Im Rahmen dieser zeitlich begrenzten Arbeit wurden insgesamt zwei Fälle anhand der in den Familien geführten Paarinterviews eingehend untersucht. Aus jedem Paarinterview wurden dabei jeweils drei Abschnitte (Diskursfragmente) einer Feinanalyse in Anlehnung an die Objektive Hermeneutik (Oevermann et al. 1979) unterzogen.

Die Analyse des Datenmaterials erfolgte in Anlehnung an die Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (2015). In dieser Arbeit geht es zu einem wesentlichen Teil darum, die sozial konstruierten Vorstellungen, die alltäglich ablaufenden (Selbst-)Stigmatisierungsprozessen zugrunde liegen, aus ihrer vermeintlichen *Selbstverständlichkeit* zu lösen und damit bestimmte „gesellschaftliche Wahrheiten“ kritisierbar zu machen. Genau dieses Ziel verfolgt auch die Kritische Diskursanalyse, die sich auf die Schriften Michel Foucaults stützt und daher die Vorstellung, es könne eine objektive Wahrheit geben, ablehnt (Jäger 2015: 8).

Nach Auffassung der Kritischen Diskursanalyse ist es nicht möglich, der Wirklichkeit objektive Wahrheiten zu entnehmen, der Mensch kann die Wirklichkeit stets nur deuten und dadurch zu epochal, kulturell, regional usw. gültigen, also relativen Wahrheiten gelangen. Welche von vielen möglichen Wahrheiten als akzeptiert gilt, ist fortwährend umkämpft. Als den „Kampfplatz“ dieser Wahrheiten identifizierte

Foucault den Diskurs⁷, d. h. hier wird gesellschaftliche Wirklichkeit gedeutet, aber auch erst hervorgebracht, denn welche Wahrheiten sich stärker durchsetzen als andere und somit als *Wissen* gelten, hängt von den Machtverhältnissen in einem Diskurs ab (Jäger 2015: 33ff.; 38ff.). Mithilfe der Kritischen Diskursanalyse sollen dieses Wissen und die ihm impliziten Machteffekte eruiert werden (Jäger 2015: 39; 76).

Es erschien deshalb sinnvoll, sich unter Anwendung der Kritischen Diskursanalyse anzuschauen, welche sozial konstruierten Wissensvorräte in Alltagsdiskursen von und über arme Familien zum Ausdruck kommen, diesen zugrunde liegen und in ihnen ggf. reproduziert werden. Dadurch, dass im Datenmaterial Betroffene zu Wort kommen, konnte erschlossen werden, ob und inwiefern in ihrem Alltag durch gesellschaftlich akzeptiertes Wissen (Selbst-)Stigmatisierungsprozesse erzeugt und reproduziert werden.

3.2 „Mit Würde hat Hartz IV in keinstem Fall mehr was zu tun“: Vorseilender Gehorsam und Selbstbeschämung in der Familie Peters

3.2.1 Zur Familiensituation

Als ersten Fall für die Analysen wurde die Familie Peters⁸ ausgewählt. Diese besteht aus insgesamt sechs Personen: Mirko Peters (41), Jenny Peters (34) und den Kindern Pascal (15), Lars (11), Max (9) und Lena (7). Während Lars, Max und Lena die gemeinsamen Kinder von Herrn und Frau Peters sind, stammt der älteste Sohn, Pascal, aus einer früheren Beziehung von Frau Peters. Herr Peters hat noch eine weitere Tochter aus einer vorherigen Beziehung, zu der aber kein Kontakt mehr besteht.

Die Familie lebt in einem kleinen, eher abgelegenen Dorf in der Nähe von Cuxhaven und bezieht seit 2011 SGB-II-Leistungen. Beide Elternteile haben eine Berufsausbildung absolviert, können aber aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen nicht mehr in ihren erlernten Berufen arbeiten.

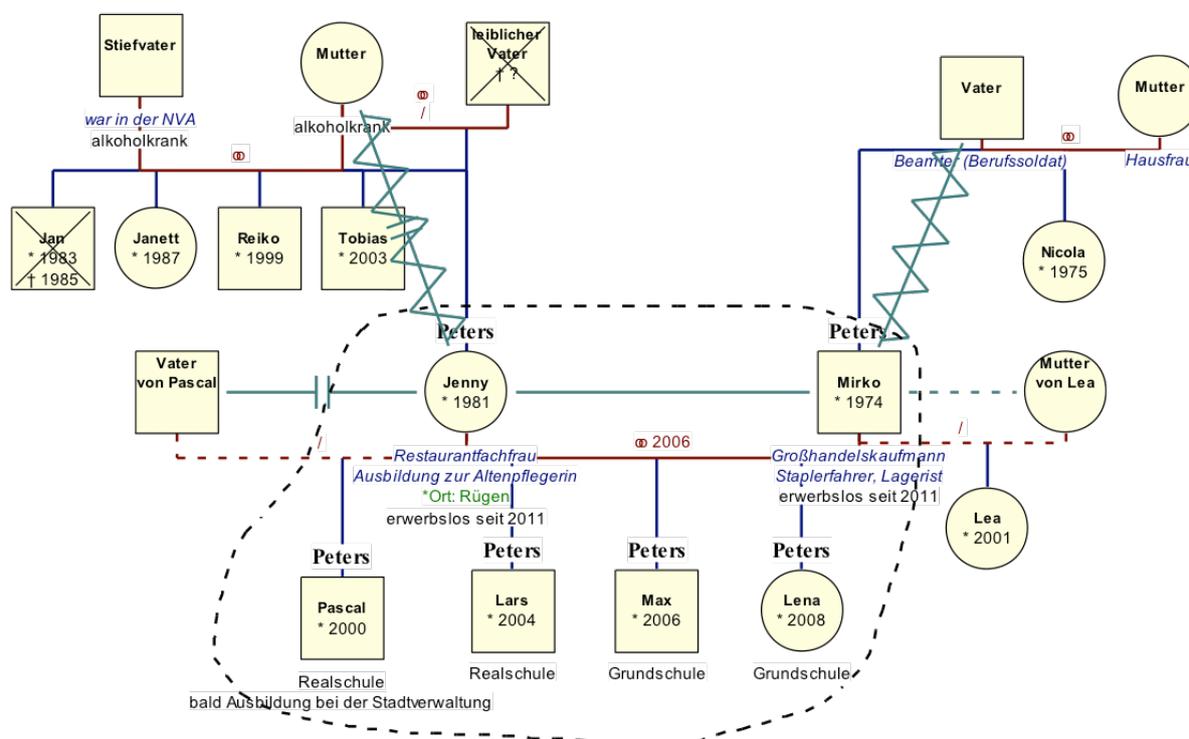
Für die Familie ist das Leben im ALG-II-Bezug mit starken finanziellen und sozialen Einschränkungen verbunden: Das Geld ist stets knapp, sodass dankbar die Unterstützung von Nachbarn (z. B. in Form von Versorgung mit Milch und Eiern) angenommen und an allen Ecken und Enden gespart wird. Das Brot backen die Eltern selbst, für sich kaufen sie so gut wie gar keine Kleidung, für die Kinder nur gebrauchte. Auf die Unterstützung anderer Familienmitglieder können sie nicht zurückgreifen: Zu Jenny Peters' Familie besteht keinerlei Kontakt mehr und Mirko Peters' Vater ist der Meinung, dass er an seiner Lage selbst schuld sei und mit dem Budget auskommen müsse. So beschränkt sich die Hilfe der Großeltern auf Weihnachts- und Geburtstagsgeschenke für die Kinder der Familie. Viele soziale Kontakte haben die Eltern nicht, zahlreiche Freunde hatten kein Verständnis für ihre Situation und haben sich deshalb in den letzten Jahren von ihnen abgewandt.

Abbildung 1 zeigt das Genogramm der Familie Peters.

⁷ Unter Diskursen versteht die Kritische Diskursanalyse zum einen Jürgen Link (2005: 18) folgend „geregelte, ansatzweise institutionalisierte Redeweisen als Räume möglicher Aussagen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und dadurch Macht ausüben“. Jäger (2015: 26) bezeichnet Diskurse auch als „Fluss von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“.

⁸ Bei allen Namen handelt es sich um Maskierungen.

Abbildung 1 Genogramm der Familie Peters

09.06.2016
Nina WelschGenogramm
Familie Peters

Quelle: eigene Darstellung, erstellt mit GenoGraph 2.1 (© Klaus Wessiepe)
Softwarebedingt war es nicht möglich, alle interviewten Personen als solche zu kennzeichnen.
Die Interviews wurden geführt mit Jenny, Mirko, Pascal, Lars, Max und Lena Peters.

3.2.2 Ergebnisse

(Selbst-)Stigmatisierungsprozesse im Alltag der Familie

Welche alltäglichen Prozesse, die für die Betroffenen ihren Status als *Stigmatisierte* erfahrbar machen, werden nun im Interview mit ihnen erkennbar? Jenny und Mirko Peters sehen sich in ihrem Alltag mit diversen Missachtungserfahrungen konfrontiert. So fühlen sie sich insbesondere von den Mitarbeitenden des Jobcenters nicht wie Leistungsberechtigte behandelt, sondern wie Bittsteller. Die Verweigerung von dringend benötigten Unterstützungsleistungen (als Beispiel nennen die Befragten ein nicht gewährtes Darlehen für eine neue Waschmaschine) führt Mirko und Jenny Peters ihre Abhängigkeit und Unterlegenheit im gesellschaftlichen Machtgefüge vor Augen. Der gesellschaftliche Statusverlust wird für sie immer wieder „fühlbar“, und zwar als materielle und ideelle Verluste (z. B. Verzicht auf einen Wäschetrockner, Verkauf der Eheringe zur Beschaffung benötigter finanzieller Mittel). Dies spiegelt ihnen auf latenter Ebene ihren „gesellschaftlichen Wert“ wider und verweist sie auf „ihren Platz“ im sozialen Gefüge. Für sie gelten offenbar andere Regeln als für den Rest der Bevölkerung, alltägliche Gegenstände sind plötzlich unbezahlbar. Sie sehen sich damit – Honneth folgend – einer Missachtungserfahrung des zweiten Typs ausgesetzt, der ihr normatives Selbstbild angreift: Peters sind nicht mehr „Gleiche unter Gleichen“, sondern werden durch die JobcentermitarbeiterInnen als nicht gleichberechtigte Interakti-

onspartnerInnen behandelt (Honneth 1990: 1046f.). Ihre Identität als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft wird massiv angegriffen.

Im Interviewmaterial findet sich wiederholt das „Wissen“, dass für Familien im ALG-II-Bezug andere Regeln gelten – bzw. die bestehende Regeln anders ausgelegt werden –, als für die Mehrheitsgesellschaft: Während andere Kinder das Gymnasium besuchen, wenn ihre schulischen Leistungen entsprechend sind, ist das für ein Kind aus einer Familie im SGB-II-Bezug potenziell mit negativen sozialen Folgen wie Mobbing und Exklusionserfahrungen verbunden, wie die Erfahrungen von Bekannten der Familie zeigen. Aus Angst vor diesen sozialen Konsequenzen entscheiden sich die Peters, den ältesten Sohn nicht seinem Leistungspotenzial entsprechend auf ein Gymnasium, sondern „standesgemäß“ auf die Realschule zu schicken. Das diskursive „Wissen“ von Herrn und Frau Peters, das im Datenmaterial erkennbar wird, schlägt sich somit auch in alltäglichen, nicht-diskursiven Praktiken nieder. Dadurch beeinflusst dieses „Wissen“ auch die Zukunft, das Selbstbild und die Verwirklichungschancen der einzelnen Familienmitglieder. Solche Prozesse spielen also offenbar auch eine wesentliche Rolle bei der (intergenerationalen) Reproduktion sozialer Ungleichheit.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang eine Erkenntnis, die ich quasi ergänzend zu meiner Forschungsarbeit⁹ mit dem hier untersuchten Paarinterview gewinnen konnte: Auch die beiden ältesten Söhne der Familie, Pascal (15) und Lars (11), reproduzieren in den mit ihnen geführten Interviews bereits dieses implizite tradierte „Wissen“. So enthält Pascals Erzählung auf latenter Ebene gewisse Vorurteile gegenüber Familien im SGB-II-Bezug – z. B. die Annahme, ALG-II-BezieherInnen könnten nicht mit Geld umgehen und seien daher selbst schuld, wenn sie mit dem Regelsatz nicht auskommen. Pascal reproduziert so unbewusst auch ungleichheitslegitimierende Deutungen über arme Familien und wirkt damit an der Stigmatisierung dieser Familien – ebenso wie seine Eltern in dem Paarinterview – unbewusst mit. Sein Bruder Lars, der alltäglichen Diskriminierungen durch andere Kinder ausgesetzt ist, wählt dabei den Weg des geringsten Widerstandes. So will er bspw. sein Hobby, die freiwillige Feuerwehr¹⁰ aufgeben, um den Anfeindungen der anderen Kinder zu entgehen. Bereits im Alter von 11 Jahren hat Lars Peters also ähnliche Bewältigungsmuster entwickelt, wie seine Eltern. Das „Wissen“, dass andere mächtiger sind und er ihnen unterlegen ist, scheint er bereits stark internalisiert zu haben. Eine intergenerationale Reproduktion der Ungleichheit scheint damit deutlich wahrscheinlicher – durch die Handlungen der Kinder wird schließlich auch wesentlich deren Zukunft und Identität bestimmt.

Das Ehepaar Peters kämpft gegen die Deutungen „der anderen“ (Jobcenter respektive Gesetzgeber und Mehrheitsgesellschaft) an, scheitert aber letztendlich doch an der Entwicklung alternativer Deutungsmuster und unterliegt im Deutungskampf. Peters haben das gesellschaftlich akzeptierte „Wissen“ internalisiert und reproduzieren es daher auch (wenn auch ungewollt und unbewusst) im Interview (bspw. mit der Formulierung „vom Amt leben“). Dadurch wirken sie zwangsläufig auch sprachlich an ihrer ei-

⁹ Im Rahmen einer Übung zur sequenziellen Feinanalyse mit Studierenden des Studiengangs Gesundheitsförderung hatte ich die Gelegenheit, auf Anregung von Prof. Dr. Kreher, noch einmal einen genaueren Blick auf die Jugendinterviews aus dem Fall Peters zu werfen. In jeweils zwei zweistündigen Sessions befassten wir uns mit je einer Sequenz aus dem Interview mit Pascal (15 Jahre) und Lars (11 Jahre) Peters.

¹⁰ Mit Blick auf Respektabilitätsvorstellungen der Mehrheit ist bezeichnend, dass der Beruf des Feuerwehrmannes einer der angesehensten Berufe im öffentlichen Dienst in Deutschland ist (dbb Beamtenbund 2014: 19). Mit seinem Hobby würde Lars also im symbolischen Sinne auch eine Quelle gesellschaftlicher Achtbarkeit aufgeben, was sich zweifelsohne auf seine soziale und seine Ich-Identität auswirken würde (Goffman 1980: 10; 132f.).

genen Stigmatisierung durch andere mit und stigmatisieren sich zudem selbst. Gleichzeitig grenzen sie sich von anderen Familien im SGB-II-Bezug jedoch ausdrücklich ab, wenn Herr Peters (und auch seine Frau im übrigen Interview) immer wieder betonen, sie seien keine klischeehaften ALG-II-BezieherInnen und ihre Kinder seien keine „typischen Hartz-IV-Kinder“.¹¹ Auch hierdurch reproduzieren sie hegemoniales „Wissen“ über die vermeintliche Mehrheit der Familien im SGB-II-Bezug und partizipieren am Stigmatisierungsprozess ihrer „eigenen“ gesellschaftlichen „Gruppe“. Abbildung 2 zeigt die Praktiken und Prozesse alltäglicher Stigmatisierung im vorliegenden Diskursstrang.

Abbildung 2 Praktiken und Prozesse alltäglicher Stigmatisierung im Diskursstrang des Ehepaars Peters



Quelle: eigene Darstellung

Respektabilitätsvorstellungen

Widmen wir uns nun den Fragen: Wie sprechen arme Familien über sich selbst? Reproduzieren sie in ihren alltäglichen Äußerungen Fremdzuschreibungen?

Eine Vorstellung über *soziale Respektabilität*, die von den Befragten reproduziert wird, ist im ersten Diskursfragment vor allem, dass man an der Kaufkraft, also am Konsumstatus einer Person, ihren sozialen Status ablesen kann. Dieser Vorstellung folgend muss eine Person, die viele oder teure Konsumgüter

¹¹ Frau Peters sagt z. B. an einer Stelle, dass sie sehr stolz auf den ältesten Sohn ist, weil er mit hoher Wahrscheinlichkeit einen guten Ausbildungsplatz erhalten wird und damit nicht den „typischen Weg eines Hartz-IV-Kindes“ (S. 50, Z. 17) einschlägt.

besitzt bzw. sich diese leisten könnte, bestimmte als respektabel geltende Eigenschaften besitzen, die ihr zu diesem materiellen Wohlstand verholfen haben. Dieser Schluss basiert auf der Überzeugung, dass materieller Wohlstand in unserer Gesellschaft vornehmlich durch *Leistungsbereitschaft* zu erlangen ist. Ihre Leistungsbereitschaft bringen Mirko und Jenny Peters auch selbst im gesamten Interview immer wieder zum Ausdruck. Es wird jedoch auch deutlich, dass sie das Gefühl haben, dass Leistungsbereitschaft zwar von ihnen erwartet, letztendlich aber nicht „abgerufen“ oder gewürdigt wird (z. B. von Seiten des Jobcenters). Da sie sozialstaatliche Leistungen beziehen, wird ihnen – wenn auch nicht immer offen – Faulheit und Schmarotzertum unterstellt und durch verschiedene Handlungen im Rahmen alltäglicher Stigmatisierungsprozesse wird ihnen zu verstehen gegeben, dass sie gegenüber anderen Mitgliedern der Gesellschaft unterlegen sind. Frau Peters pointiert dieses Empfinden, wenn sie sagt:

„Mit Würde hat Hartz IV in keinstem Fall mehr was zu tun. Gar nicht mehr. Gar nichts mehr. Also man ist kein Mensch mehr.“

Daraus, dass sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen und auch kein Vermögen besitzen, resultiert als – aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft – „legitime“ Konsequenz, dass ihnen weniger Rechte zugestanden werden, als anderen Gesellschaftsmitgliedern.

Herrn und Frau Peters gelingt es nicht, in den alltagsbasierten Diskursen eine alternative Position einzunehmen. Zeitweilige Auflehnungsversuche gegen hegemoniale Deutungen scheitern. Peters sind stark in die gesellschaftlichen Diskurse verstrickt. „Aus dem Nichts heraus“ eigene, andersartige Wertvorstellungen zu entwickeln, erscheint nahezu unmöglich, zumal ihnen durch alltägliche Kommunikationsweisen und institutionalisierte Handlungspraktiken ihre vermeintlichen „Unzulänglichkeiten“ immer wieder als Legitimation ihrer Statusposition vor Augen geführt werden.

Ihre Strategie, den alltäglichen Anfeindungen und Demütigungen zu begegnen und mit dem Unmut über die eigene Lebenssituation umgehen zu können, ließe sich nach Albert O. Hirschman¹² zusammenfassend als *Exit* bezeichnen. Anstelle einer lautstarken Beschwerde (*Voice*) darüber, dass sie als Mutter von vier Kindern keinerlei Unterstützung beim Kauf einer neuen Waschmaschine zugestanden bekommt, wählt Jenny Peters quasi den Weg der Flucht aus dem Jobcenter, um ihrer Nicht-Übereinstimmung mit der Deutung des Gesetzgebers Ausdruck zu verleihen. In einer anderen Situation bedienen sich die Peters sogar vorsehend der Option des *Exit*, indem sie vorab beschließen, ihren Sohn „lieber nicht“ auf ein Gymnasium gehen zu lassen, da sie befürchten, er könne dort Diskriminierungen ausgesetzt sein. Problematisch für Herrn und Frau Peters ist hierbei allerdings, dass ein vollständiges *Exit* in ihrer Situation gar nicht möglich ist: Da es nur *ein* Jobcenter und *ein* Schulsystem gibt und keinen Markt mit mehreren Anbietern, fehlt ihrer Handlungsweise die Kraft, tatsächlich einen Veränderungsdruck beim Gegenüber (in diesem Fall den Schulbehörden, dem Gesetzgeber und der Mehrheitsgesellschaft) zu erzeugen. Daraus resultiert bei Jenny und Mirko Peters immer wieder ein Gefühl der Ohnmacht und der Unterlegenheit und schließlich ein Leben mit sehr geringer Loyalität den gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber, das ihre gesellschaftliche Teilhabe auch durch familiales Handeln *zwangsläufig* sukzessive untergräbt.

¹² Hirschman (2004) hat drei grundlegende Reaktionsmöglichkeiten von Konsumenten auf den Leistungsabfall von Organisationen herausgearbeitet: *Exit* (Auflösen der Geschäftsbeziehung), *Voice* (Versuch, durch Beschwerde die Geschäftsbeziehung zu verändern) und *Loyalty* (trotz Unzufriedenheit die Organisation unterstützen). Diese Reaktionsmöglichkeiten können ebenso auf Staaten, Gesellschaften usw. übertragen werden.

3.3 „Man muss sich wirklich ein dickes Fell wachsen lassen“: Schlagfertigkeit und partielle Aufrechterhaltung der Respektabilität in der Familie Schulz

3.3.1 Zur Familiensituation

Die Familie Schulz ist der zweite Fall, den ich im Rahmen meiner Untersuchungen betrachtet habe. Sie umfasst acht Personen: Die Eltern, Jürgen (44) und Manuela (33) Schulz, sowie die Kinder Nils (14), Rosalie (12), Antonia (10), Hendrik (8), Katrin (2) und Oskar (1). Jürgen Schulz hat aus einer früheren Beziehung noch einen Sohn (23), zu dem jedoch nur sporadischer Kontakt besteht und von dessen Existenz er erst vor wenigen Jahren erfahren hat. Die Familie lebt in einem Dorf in Ostvorpommern. Seit 2013 ist Herr Schulz erwerbslos, seine Frau wurde aufgrund der Kinderbetreuung immer wieder von arbeitsmarktpolitischen Anrufungen freigestellt.

Jürgen Schulz hat in der ehemaligen DDR eine Ausbildung zum Melker abgeschlossen, die aber nach der Wiedervereinigung nicht mehr anerkannt wurde. Eine Umschulung wurde ihm damals vom Jobcenter nicht ermöglicht. So sieht er sich seit dem jungen Erwachsenenalter immer wieder mit Phasen der Erwerbslosigkeit konfrontiert. Herr Schulz hat bereits an zahlreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen, eine Weiterbildung zum Landschaftsgärtner absolviert und in den letzten Jahren hauptsächlich geringfügig entlohnte Arbeiten verrichtet. Seine letzte längerfristige Anstellung in einem Landwirtschaftsbetrieb liegt zwei Jahre zurück. Obwohl er bereits mehrere Bandscheibenvorfälle hatte und gezwungen ist, täglich Schmerzmittel einzunehmen, ist er weiterhin darauf bedacht, eine Vollzeitstelle zu finden.

Manuela Schulz ist gelernte Einzelhandelskauffrau. Da sie aufgrund der Kinderbetreuung maximal 20 Stunden pro Woche arbeiten könnte, war es in der Vergangenheit für sie immer schwierig, eine Stelle zu finden. Ihre eigene Kindheit hat sie, aufgrund der familiären Verhältnisse, eher in schlechter Erinnerung. Das Verhältnis zu ihrer Mutter beschreibt Frau Schulz als schlecht, körperliche Gewalt war an der Tagesordnung. Auch das Geld war immer knapp, sodass sie ihr ganzes bisheriges Leben als Kampf empfunden hat.

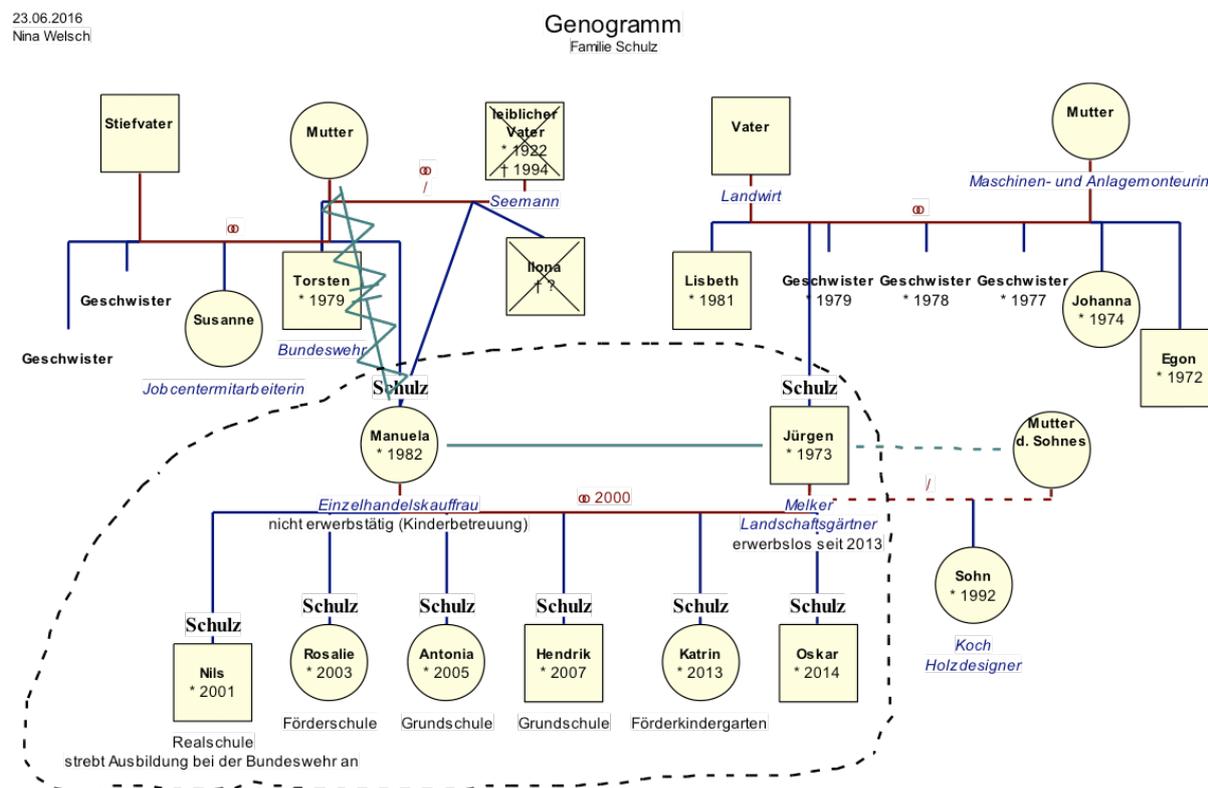
Für Jürgen und Manuela Schulz ist ein Leben jenseits des ALG-II-Bezuges in weite Ferne gerückt. Frau Schulz antizipiert, dass sie beide niemals genug verdienen würden, um unabhängig von den Leistungen des Jobcenters zu leben. Selbst wenn beide eine Stelle hätten, würden sie „Aufstocker“ bleiben. Die beiden sind unzufrieden mit diesem Umstand, haben sich jedoch damit abgefunden und betonen, dass das Geld zum Leben reicht. Sie haben sich mit ihrer Situation arrangiert und versuchen, das Beste daraus zu machen und durch Bevorratung von Lebensmitteln, Inanspruchnahme der Tafel, nachbarschaftliche Netzwerke, aber auch durch weniger legale Tätigkeiten¹³ ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Rahmen des Transferleistungsbezuges führen zu können. Große Unterstützung erfährt die Familie immer wieder aus der Nachbarschaft: So passt eine ältere Nachbarin ab und an auf die Kinder auf, eine andere gibt dem Sohn Nachhilfe und ein älterer Herr geht mit der ältesten Tochter, Rosalie, zum Angeln.

¹³ Herr Schulz arbeitet regelmäßig „unter der Hand“ für Bekannte, verrichtet z. B. Tätigkeiten im Garten o. ä. Dies tut er allerdings, folgt man den Aussagen von ihm und seiner Frau, in allererste Linie für die Kinder, um ihnen Schulausflüge und ein Taschengeld zu ermöglichen.

Frau Schulzes Schwester Susanne arbeitet außerdem in einem Jobcenter, wodurch sie der Familie im Bezug auf die Stellung bestimmter Anträge etc. oft informell beraten kann.

Abbildung 3 zeigt das Genogramm der Familie Schulz.

Abbildung 3 Genogramm der Familie Schulz



Quelle: eigene Darstellung, erstellt mit GenoGraph 2.1 (© Klaus Wessiepe)

3.3.2 Ergebnisse

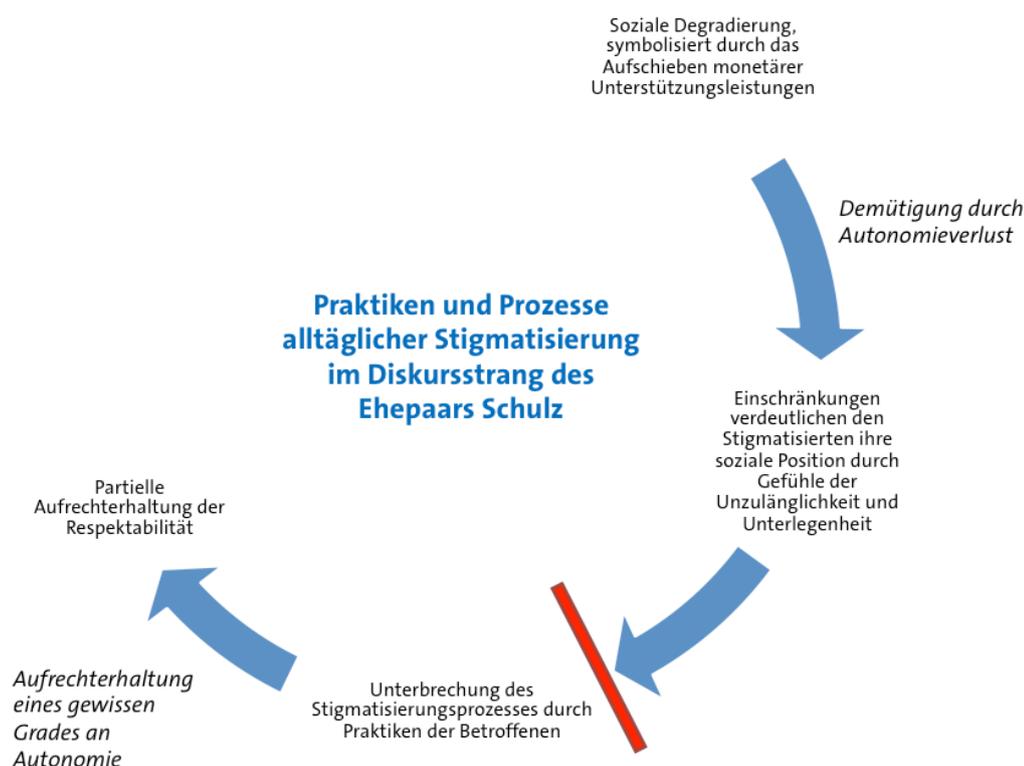
(Selbst-)Stigmatisierungsprozesse im Alltag der Familie

Auch Frau Schulz erzählt im Interview von einer Situation beim Jobcenter. Ebenso wie die Familie Peters benötigten auch Schulzes zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Beschaffung einer neuen Waschmaschine – ein Konsumgut, das für Haushalte in modernen Gesellschaften als selbstverständlich gilt. Durch ihr machtvolleres Auftreten¹⁴ im Jobcenter begrenzt Manuela Schulz das Entstehen stigmatisierender Praktiken seitens der Jobcenterangestellten allerdings von vornherein. Zwar behauptet sie in der „Verhandlung“ um die neue Waschmaschine nicht kompromisslos ihren Standpunkt und gibt sich im Ergebnis mit etwas weniger Geld als tatsächlich benötigt zufrieden. Dennoch setzt sie sich mit ihrem diskursiven „Wissen“ an dieser Stelle durch, demzufolge sie sich keineswegs weniger anspruchsvoll oder gesellschaftlich „niedriger positioniert“ darstellt als die MitarbeiterInnen des Arbeitsamtes.

¹⁴ Interviewauszug: „Bin zum Arbeitsamt gegangen, habe gesagt, >Ich bräuchte eine Waschmaschine. Am besten noch heute.< (I2: Ja.) ... Guckte sie mich an: >Ja, so schnell geht das nicht.< ... Man wollte mir dann eine kleine anbieten. ... Auf Darlehensbasis. 249 Euro. Ich sage, >Die reicht nicht. Können Sie vergessen.<“ (entnommen aus dem Paarinterview OK1; S. 14, Z. 27-31).

Später im Interview nehmen wir dagegen sehr wohl einen Prozess der Stigmatisierung wahr: Durch die nicht-diskursive aber materiell folgenschwere Praxis des „Aufschiebens“ der Bearbeitung von Anträgen verweisen die Mitarbeitenden des Jobcenters das Ehepaar Schulz symbolisch auf eine soziale Position, die am Ende einer Warteschlange, hierarchisch gesehen unter der ihren und der der Mehrheitsgesellschaft steht. Allerdings behaupten die Schulzes ihrerseits über familiäre Praktiken des Gelderwerbs¹⁵ eine gewisse Autonomie gegenüber dem Arbeitsamt. Sie erweisen sich widerständig gegen die impliziten Deutungen des Jobcenters im Bezug auf ihre gesellschaftliche Stellung und widersetzen sich dabei der Mitwirkung an ihrer eigenen Stigmatisierung und der Reproduktion gängiger Respektabilitätsvorstellungen. Zudem verweigert Frau Schulz die Partizipation an den sie und ihre Familie betreffenden Stigmatisierungsprozessen offensiv, indem sie sich direkt gegen diskriminierende Äußerungen ihrer Mitmenschen wehrt und damit potenzielle Missachtungserfahrungen, die ihrer Subjektivität schaden könnten (Honneth 1990: 1047), abwehrt. Abbildung 4 kann entnommen werden, welche Praktiken und Prozesse alltäglicher Stigmatisierung im vorliegenden Diskursstrang erkennbar werden.

Abbildung 4 Praktiken und Prozesse alltäglicher Stigmatisierung im Diskursstrang des Ehepaars Schulz



Quelle: eigene Darstellung

¹⁵ Hiermit sind v.a. irreguläre Beschäftigungen gemeint, denen Herr Schulz nachgeht, wenn das Geld vom Jobcenter nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird (z. B. für eine Klassenfahrt).

Respektabilitätsvorstellungen

Doch welche Vorstellungen von *sozialer Respektabilität* können wir in den Diskursfragmenten aus dem Interview mit Manuela und Jürgen Schulz wahrnehmen? Es wird deutlich, dass Frau Schulz nicht zwangsläufig einen Widerspruch zwischen ihrem gesellschaftlichen Status als ALG-II-Empfängerin und der Aufrechterhaltung ihrer Respektabilität sieht. Sie vertritt hier ganz klar den Standpunkt: Familien im SGB-II-Bezug sind keine BittstellerInnen, sondern EmpfängerInnen rechtlich begründeter sozialstaatlicher Grundsicherungsleistungen. Zwar können wir in Manuela Schulzes Kompromissbereitschaft gegenüber dem Jobcenter in der „Waschmaschinen-Aushandlung“ eine Art Vorsichtshaltung erkennen, die hinterfragt, in welchem Ausmaß ihnen tatsächlich etwas „zusteht“, doch im Großen und Ganzen inszeniert sie sich hier als „handlungskompetente“ Bürgerin, die ihre berechtigten Ansprüche geltend macht.

Auch im Paarinterview mit den Schulzes dokumentiert sich die Vorstellung, dass *Leistungsbereitschaft* maßgeblich für gesellschaftliche Achtbarkeit sei. Interessant ist hier, dass Manuela und Jürgen Schulz gewisse alternative Aspekte in diese Vorstellung einbringen. Während „wertvolle“ Arbeit den Deutungen der Mehrheitsgesellschaft folgend i.d.R. gleichzusetzen ist mit Erwerbsarbeit, vermittelt Frau Schulz den Eindruck, nicht *Erwerbslose* seien als faul zu bezeichnen, sondern die JobcentermitarbeiterInnen, da sie ihren Pflichten der Antragsbearbeitung und Leistungsgewährung nicht fristgerecht nachkommen. Herrn Schulzes Erzählung liegt die Vorstellung zugrunde, dass „ehrliche“ Arbeit nicht zwangsläufig und ausschließlich in einem regulären Beschäftigungsverhältnis geleistet werden müsse. Aus Frau Schulzes Sicht ist außerdem die *Sorgearbeit*, die sie für ihre Kinder leistet, ebenso wichtig und wertvoll wie Erwerbsarbeit (vgl. hierzu auch Meier-Gräwe 2015: 3ff.).

Dem Ehepaar Schulz gelingt es also, sich zu einem gewissen Grad im gesellschaftlichen Diskurs zu ermächtigen und sich ein Stück weit von der diskursiven „Macht“ der Mehrheitsgesellschaft und des Gesetzgebers (respektive Jobcenters) zu emanzipieren. Sie fügen gängigen Respektabilitätsvorstellungen alternative Momente hinzu, sodass sie Stigmatisierungsprozesse ein Stück weit abwenden können. Dennoch gelingt es den Schulzes nicht vollständig, sich vom hegemonialen Deutungsmuster, demzufolge SGB-II-Leistungsbeziehende gesellschaftlich weniger respektabel seien als Erwerbstätige, zu lösen.

Um stigmatisierenden Praktiken und Diskriminierungserfahrungen in ihrem Alltag zu begegnen, wählen Manuela und Jürgen Schulz jedoch eher die Option *Voice* nach Albert O. Hirschman (2004). Die Deutungen des Jobcenters (bzw. Gesetzgebers) stellt Manuela Schulz im ersten Diskursfragment mit ihrem bestimmten und fordernden Auftreten als „Kundin“ direkt und offensiv in Frage. Diskriminierenden Äußerungen leistet sie mit ihrer Schlagfertigkeit immer wieder verbalen Widerstand. Im zweiten Diskursfragment wird dagegen deutlich, dass ebenso wie die Reaktionsmöglichkeit des *Exit* bei Familie Peters, auch die Option des *Voice* unter den gegebenen Umständen eingeschränkt ist. Zwar erhöhen *Widerspruch* und *Beschwerde* den Handlungsdruck seitens des Jobcenters deutlich stärker als ein bloßes *Exit*, jedoch sind sie nicht in dem Maße wirksam, dass man tatsächlich von einer „Kundenposition“ armer Familien sprechen könnte. Die Mehrheitsgesellschaft dürfte Frau Schulzes Widerspruch, der in einer relativ abgeschotteten Diskursarena vorgebracht wird, kaum hören und zum Umdenken bewegt werden; viel wahrscheinlicher ist, dass sie in den Augen der Arbeitsverwaltung als der institutionellen Teilöffentlichkeit, mit der sie sich auseinanderzusetzen hat, als Querulantin wahrgenommen wird.

3.4 Synopse familialer Respektabilitätsvorstellungen: Die Familien Peters und Schulz im Fallvergleich

Inwiefern gelingt es also den befragten Familien, alternative Vorstellungen von sozialer Respektabilität zu entwickeln? Welche Positionen nehmen sie im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zum Thema „Alltag armer Familien“ ein? Betrachten wir dazu beide Fälle im Vergleich:

Mirko und Jenny Peters haben amtliche und gesellschaftliche Deutungen bezüglich ihres sozialen Status bereits stark internalisiert. Zwar versuchen sie im untersuchten Diskursstrang immer wieder, gegen diese Deutungen anzukämpfen und sie in Frage zu stellen, scheitern jedoch letztendlich daran. Das Stigma „Hartz IV“ überschattet ihre gesamte Identität und auch die der Kinder, die bestimmte Bewältigungsmuster (*Exit*, wie im Fall von Lars) der Eltern und Vorurteile über arme Familien (im Fall von Pascal) bereits verinnerlicht haben. Das Leben im ALG-II-Bezug bedeutet für Familie Peters vor allem einen Verlust an Würde, Autonomie und Kontrolle über die eigene Lebenssituation. Emotional wirkt sich dies durch Unterlegenheits- und Ohnmachtsgefühle auch auf ihre Handlungen aus: Sie wählen häufig die Option des *Exit*, um ihren Unmut über die aktuelle Situation zu artikulieren. Die empirischen Analysen deuten darauf hin, dass sie sich nicht nur mit den institutionellen Regeln und dominanten gesellschaftlichen Diskursen arrangieren, sondern ungewollt an den sie betreffenden Stigmatisierungsprozessen mitwirken.

Die wesentliche Respektabilitätsvorstellung, die wir im Diskursstrang der Peters wahrnehmen können, ist die, dass *Leistungsbereitschaft* maßgeblich Wert und Status einer Person in unserer Gesellschaft bestimmt. Sie führt – so die Annahme – via Erwerbsarbeit zu materiellem Wohlstand. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass von Armut Betroffene weniger leistungsbereit als Wohlhabenden sein *müssen*. Diese Vorstellung würde die Ungleichbehandlung beider Gruppen legitimieren. Mirko und Jenny Peters messen sich also nach wie vor an den Werten der Mehrheitsgesellschaft, können diesen letztendlich aber nicht gerecht werden. Daraus resultieren die Selbststigmatisierung und die Partizipation an der Stigmatisierung der eigenen gesellschaftlichen „Status-Gruppe“ – der armen Familien.

Im Gegensatz zum Ehepaar Peters scheint es Manuela und Jürgen Schulz sehr wohl zu gelingen, sich von den Deutungen des Jobcenters und der Mehrheitsgesellschaft abzusetzen. Zwar nehmen auch sie das Jobcenter eher als machtvollen Gegenspieler denn als sozialstaatlichen Partner wahr, doch charakterisieren sie ihr Verhältnis zum Amt eher als mehr oder weniger notwendige Geschäftsbeziehung und inszenieren sich als Kunden, denen bestimmte Leistungen zu gewähren seien. Ihre Reaktion auf alltägliche Diskriminierungserfahrungen besteht daher auch am ehesten im *Voice*, also im Widerspruch und in der Konfrontation der „GegnerInnen“. Sie fügen sich nicht in das Bild der bedürftigen Bittstellerinnen und Almosenempfänger, das diskursiv im Alltag immer wieder an sie herangetragen wird. Durch diese Haltung und Handlungen verweigern Jürgen und Manuela Schulz die „aktive Mitwirkung“ an der Stigmatisierung.

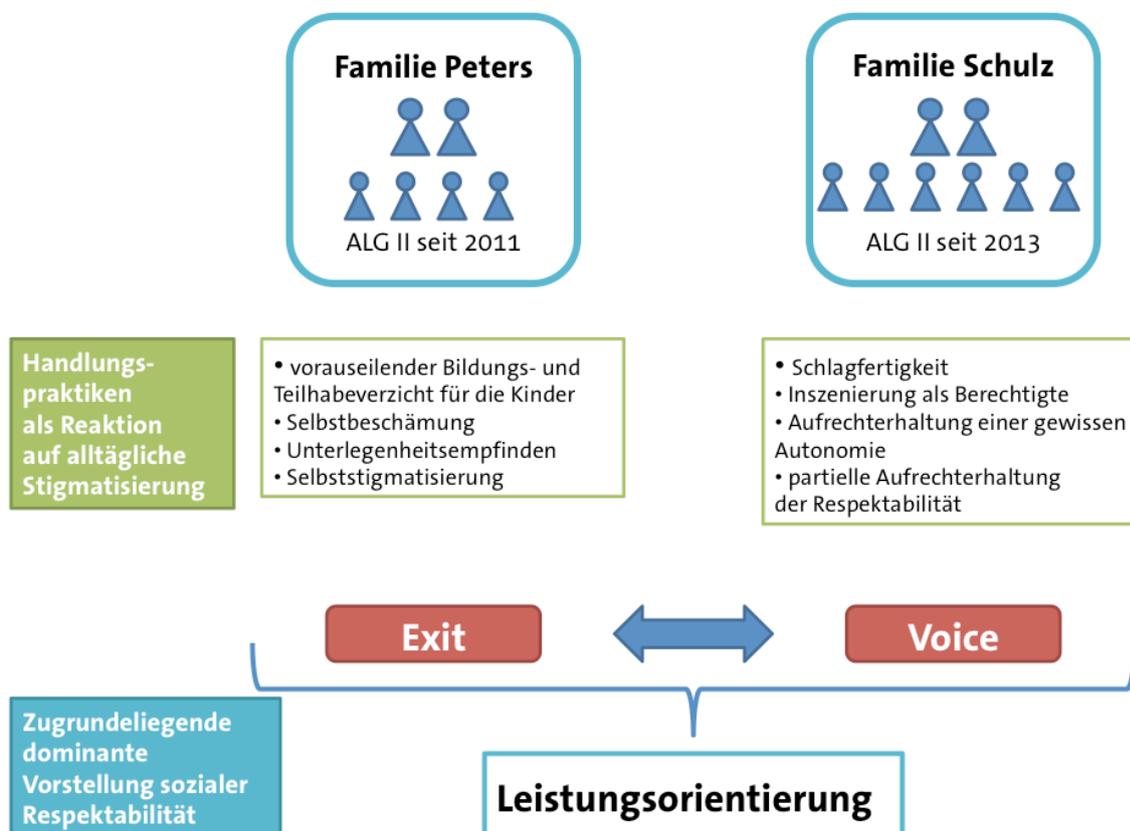
Ihre Vorstellungen von sozialer Respektabilität decken sich dementsprechend auch nicht ganz mit denen von Herrn und Frau Peters und der Mehrheitsgesellschaft. Zwar können wir auch in den Erzählungen und Argumenten von Jürgen und Manuela Schulz wahrnehmen, dass sie *Leistungsbereitschaft* als höchst relevant für gesellschaftliche Achtbarkeit empfinden, doch gelingt es ihnen, den Leistungsbegriff

zugunsten ihrer eigenen gesellschaftlichen Position in einigen Nuancen zu reinterpreten. So verbinden sie Leistung nicht allein mit Erwerbsarbeit, sondern auch mit der Sorgearbeit im Bezug auf die eigene Familie. Erwerbsarbeit dient aus ihrer Sicht in erster Linie der Geldbeschaffung – somit sind auch informelle oder irreguläre Beschäftigungsverhältnisse eine legitime Methode zum Erwerb frei verfügbarer finanzieller Mittel. Insgesamt wirken die Vorstellungen von Respektabilität, die aus dem Interview mit dem Ehepaar Schulz herausgearbeitet werden konnten, flexibler als die Vorstellungen in der Familie Peters. Respektabilitätsvorstellungen werden situativ gehandhabt und erscheinen nicht so verfestigt wie in der ersten Familie.

Auf den ersten Blick sind die beiden betrachteten Fälle also als äußerst kontrastiv einzustufen – worin sich ja auch die Fallauswahl begründete. Allerdings gewann ich im Laufe meiner Analysen den Eindruck, dass beide Fälle sich in ihrer Grundstruktur als nicht verschieden voneinander erwiesen haben. Zwar haben sie ganz unterschiedliche, ja fast gegensätzliche Strategien zu Bewältigung alltäglicher Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen entwickelt – Exit und Voice – von denen die eine eher resignativ und ohnmächtig, die andere tendenziell offensiver und handlungsmächtiger wirkt. Doch wird auf den zweiten Blick erkennbar, dass auch Schulzes mit ihrer Strategie nur bedingt erfolgreich sind. Im Kern bleibt auch bei ihnen eine Verletzlichkeit, d. h. alltägliche Angriffe können nur bis zu einem bestimmten Grad abgewehrt werden und die Lebenssituation wird auch von ihnen als dauerhaft belastend empfunden. Durch ihre Handlungsstrategie des *Voice* gelingt es ihnen zwar, sich zu artikulieren und – zumindest weitgehend – vor Selbststigmatisierung zu schützen. Letztendlich kommen aber auch sie in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Institutionen immer wieder an ihre Grenzen und bekommen zu spüren, dass sie als Familie weniger selbstbestimmt handeln können und als weniger geachtet adressiert und behandelt werden. Zwar deuten sie den gängigen Leistungsbegriff etwas um, doch darf nicht ausgeblendet werden, dass auch Schulzes der Vorstellung verhaftet bleiben, *man müsse etwas leisten, um „als Mensch tatsächlich etwas wert“ zu sein.*

Handlungswirksame alternative Wertvorstellungen zu entwickeln und sich von gesellschaftlichen Fremdzuschreibungen zu emanzipieren, scheint also für arme Familien im Rahmen von ALG II nicht möglich zu sein. Abbildung 5 veranschaulicht die Ergebnisse zu beiden Diskurssträngen im Fallvergleich noch einmal.

Abbildung 5 Praktiken im Bezug auf Stigmatisierung und Vorstellungen sozialer Respektabilität: Beide Familien im Vergleich



Quelle: eigene Darstellung

Was können uns diese beiden Diskursstränge in ihrer Synopse also darüber sagen, wer den Diskurs über arme Familien in Deutschland bestimmt – und damit die zur „objektiven Faktizität“ (Berger/Luckmann 1980: 20) geronnenen Vorstellungen über gesellschaftliche Achtbarkeit? Offenbar sind dies keineswegs die Betroffenen selbst, sondern vor allem der Gesetzgeber (in Form des Jobcenters) und die Mehrheitsgesellschaft. Somit muss festgehalten werden, dass in Deutschland augenscheinlich zwar *über* arme Familien gesprochen wird, aber wenig *mit* den Betroffenen und das Bild, das unsere Gesellschaft von ihnen hat, somit ein sehr einseitiges ist. Auch fehlt den Betroffenen die Macht im Diskurs, um die Vorstellungen von sozialer Respektabilität eigenständig mit- und umzugestalten (Kreher 2017: 76).

Es mag zunächst überraschen, dass es in einer zunehmend individualistischen und pluralistischen Gesellschaft wie in Deutschland nach wie vor gesellschaftliche Gruppen gibt, denen derart schwache Diskurspositionen zukommen und deren Lebensumstände mit einem so großen Stigmatisierungspotenzial behaftet sind. Moderne Entwicklungen, bspw. auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen (und die damit einhergehenden politischen und öffentlichen Diskurse) haben offenbar nicht ausschließlich dazu beigetragen, die „Variationsspielräume von Normalität“ zu erweitern (von Kardorff 2009: 138). Gleichzeitig wurden im selben Zuge auch neue Formen sozialer Devianz erzeugt, die potenziell stigmatisierend wirken. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie die des „Aktivierenden Sozialstaats“ und die ihn begleitenden (neoliberalen) Vorstellungen von zunehmender individueller Verantwortlichkeit suggerie-

ren, dass marginalisierte Gruppen, die bestimmten Idealen nicht gerecht werden (können), daran eine gewissen (Mit-)Schuld tragen. Besonders für vulnerable und/oder sozial benachteiligte Gruppen wie alte Menschen, Kinder, MigrantInnen, psychisch oder physisch Behinderte, Wohnungslose, von Armut Betroffene usw. erhöht sich dadurch die Gefahr von Stigmatisierung und damit die Wahrscheinlichkeit, gewissermaßen ins diskursive Abseits gedrängt zu werden (Schmidt 2010: 29f.; von Kardorff 2009: 138).

Es ist also davon auszugehen, dass die Deutungen und Wahrnehmungen der von Armut Betroffenen, wie ich sie aus dem vorliegenden empirischen Material herausarbeiten konnte, nicht ausschließlich als individuelle Deutungsmuster zu begreifen sind. Sie müssen vielmehr im Kontext gesamtgesellschaftlicher Diskurse über arme Familien (und andere marginalisierte Gruppen) und in ihren Wechselwirkungen mit diesen gesehen werden (Kreher/Matthäus 2012: 187).

4 Respektabilitätsvorstellungen als Topos familialer Armutsforschung? Reflexion des methodischen Vorgehens und zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse

Ziel dieser Studie war es vor allem, empirisch gestützte Erkenntnisse darüber zu gewinnen, inwiefern sich als arm geltende Familien tatsächlich an den gesellschaftlich dominanten Idealen sozialer Respektabilität messen oder ob es ihnen gelingt, alternative Deutungsmuster zu entwickeln, dadurch die eigene Identität vor Diskreditierung zu schützen und einer Selbststigmatisierung zu entgehen.

Vorab konnten u.a. folgende wesentliche Respektabilitätsvorstellungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung herausgearbeitet werden: Die soziale Position einer Person wird im Wesentlichen durch ihren Status im Erwerbsleben, durch ihren Beruf repräsentiert (vgl. Bünning 2016). Der wichtigste Aspekt, um eine höhere soziale Position zu erlangen und zu konsolidieren sei die *individuelle Leistung* einer Person – so der gesellschaftliche Konsens (vgl. Pollak 2010). Ein Abstieg im gesellschaftlichen Positionsgefüge sei daher im Wesentlichen selbstverschuldet (vgl. Hörstermann/Andreß 2015).

Durch die Auswertung von Paarinterviews anhand einer Kombination der Kritischen Diskursanalyse (Jäger 2015) mit Elementen der Objektiven Hermeneutik (Oevermann et al. 1979) konnten im Rahmen dieser Untersuchung empirisch fundierte Erkenntnisse über Stigmatisierungsprozesse und Respektabilitätsvorstellungen von und in Familien im ALG-II-Bezug gewonnen werden.

Im Zuge der Analysen kristallisierte sich heraus, dass es betroffenen Familien *teilweise* gelingen kann, eigenständige oder alternative Wertvorstellungen zu den o.g. zu entwickeln und damit zumindest nicht (durchgehend) aktiv an den sie betreffenden Stigmatisierungsprozessen mitzuwirken. Es bleibt aber anzuzweifeln, dass die Betroffenen sich wirklich völlig vom gesellschaftlich hegemonialen „Wissen“ um soziale Respektabilität emanzipieren können und sich selbst als vollkommen achtbar begreifen. Den Schulzes mag es, im Gegensatz zu den Peters, zwar gelingen, die negativen Folgen von Stigmatisierungsprozessen abzuschwächen, doch sie *gänzlich abzuwenden* scheint nicht möglich. Im Alltag sehen sie sich einer diskursiven Übermacht gegenüber, sodass sie im Deutungskampf um Respektabilitätsvorstellungen letztendlich doch zu unterliegen scheinen und lediglich „im Rahmen von“ (re-)agieren können. Machtvolle Akteure in Alltagsdiskursen über arme Familien in Deutschland sind vor allem der Gesetzgeber, verschiedenste Interessenverbände, die Medien und die Mehrheitsgesellschaft, während die Betroffenen selbst kaum gehört werden. Die vorherrschenden Vorstellungen, die über den Alltag armer Familien sozial konstruiert werden, dürften somit einen sehr begrenzten und vereinseltigenden Ausschnitt der Wirklichkeit repräsentieren (vgl. hierzu auch Kreher 2017).

Überraschend an den Ergebnissen meiner Arbeit war für mich vor allem, dass die beiden betrachteten Fälle, die auf den ersten Blick so kontrastiv schienen (*Exit* vs. *Voice*), tatsächlich zwar einige Gegensätz-

lichkeiten¹⁶, jedoch im Kern ihrer Fallstruktur auch starke Parallelitäten aufweisen. Auch, wenn Schulz dem Leistungsgedanken einige *alternative Aspekte* hinzufügen, und ihn nicht, wie Familie Peters, fast unhinterfragt übernehmen, teilen doch beide hier betrachteten Familien die Vorstellung, dass man etwas für die Gesellschaft wertvolles *leisten* muss, um in ihr „als Mensch etwas wert zu sein“. Die wesentlichste dominante Respektabilitätsvorstellung der Mehrheitsgesellschaft reproduzieren damit beide Fälle.

Erving Goffmans These, dass von Stigmatisierung Betroffene eigene Respektabilitätsvorstellungen entwickeln können, die völlig unabhängig von den in der Gesellschaft vorherrschenden Normen sind (vgl. Goffman 1980: 15f.; 19f.), scheint also im vorliegenden Fall armer Familien in Deutschland nur bedingt zuzutreffen. Sicher ist es denkbar, dass es einigen Familien gelingen kann, noch alternativere Wertvorstellungen zu entwickeln, als der Familie Schulz – doch werden sie, folgen wir den Ergebnissen dieser Analysen, mit hoher Wahrscheinlichkeit eher die Ausnahme als die Regel sein und möglicherweise Lebens- und Alltagspraktiken entwickeln, die sich in noch deutlicher marginalisierten Milieus realisieren. Solche Milieus (z. B. Dunkelfelder von Armut oder aus der Gesellschaft „Ausgestiegene“), die nicht im Bereich der „gesetzlich bekämpften Armut“ anzutreffen sind, können im Rahmen größer angelegter, quantifizierende Studien zu Armut gar nicht, und in Projekten wie „Lebenszusammenhänge in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften“ (FALÉHA) wenn überhaupt nur sehr schwer erreicht werden (vgl. Becker 2007: 36ff; Becker/Hauser 2005).

Zu den Logiken von Stigmatisierungsprozessen in Bezug auf arme Familien kann folgendes festgehalten werden: Das Leben im ALG-II-Bezug führt zu starken Einschränkungen in der Autonomie und der finanziellen Möglichkeiten, zu einem Leben mit sogenannten Armutsbudgets (vgl. Rosendorfer 2012). Ihre Lebensumstände, insbesondere die stark eingeschränkten Konsummöglichkeiten, führen den Betroffenen vor Augen, dass sie aus Sicht der Gesellschaft bzw. des Gesetzgebers weniger respektabel als Erwerbstätige und „normalen“ Familien daher unterlegen sind (vgl. Honneth 2005). Über daraus resultierende Emotionen wie Scham, Ohnmachts- und Demütigungsempfindungen wird ihnen ihre gesellschaftliche Position in alltäglichen Interaktionen symbolisch dokumentiert (vgl. hierzu auch Neckel 1991). Durch diese emotionalen Belastungen kann es geschehen, dass durch das Stigma die gesamte Identität der einzelnen Familienmitglieder überschattet und gefährdet wird (vgl. Honneth 1990). Es beeinflusst dadurch auch zukunftsweisende Handlungen der Betroffenen, die ggf. dazu führen, dass sie unbewusst selbst an diesen sie betreffenden Stigmatisierungsprozessen partizipieren.

Als besonders alarmierend empfinde ich, wie stark sich in dem analysierten Material bereits die (symbolische) intergenerationale Reproduktion sozialer Ungleichheit andeutet. Sowohl durch die nicht-diskursiven Praktiken des Ehepaars Peters (insbesondere die Bildungsentscheidungen!) als auch durch die Vorstellungen, die die beiden Söhne Pascal (15) und Lars (11) bereits internalisiert haben und reproduzieren, erscheint es evident, dass sich die aktuelle Lebenssituation der Eltern im SGB-II-Bezug nachhaltig auf die Identität und die Zukunftschancen der Kinder auswirken wird.

¹⁶ So verurteilen Mirko und Jenny Peters bspw. im analysierten Diskursstrang irreguläre Beschäftigungsverhältnisse moralisch, während Jürgen Schulz ihnen sogar selbst nachgeht und sie in der aktuellen Lebenslage der Familie als legitime Problemlösungsstrategie charakterisiert.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass es, den Ergebnissen dieser empirischen Arbeit folgend, als arm geltenden Familien bestenfalls teilweise – und auch dann nur mit viel diskursivem und performativem Aufwand – gelingen kann, alternative Respektabilitätsvorstellungen zu konstruieren und damit die eigene Identität bzw. die Identität der Familienmitglieder partiell vor Diskreditierung zu schützen. Wahrscheinlicher ist aber, dass in und von armen Familien gesellschaftlich dominante Wertvorstellungen weitgehend reproduziert werden und dadurch auf lange Sicht die Zukunftschancen, insbesondere der betroffenen Kinder, nachhaltig beeinflusst werden können.

Im Sinne der Kritischen Diskursanalyse möchte ich abschließend dazu übergehen, die aufgedeckten diskursiven Tatsachen kritisch zu betrachten. In diesem Fall ist das vor allem das von den Betroffenen diskursiv reproduzierte Leistungsprinzip. Neckel et al. (2004: 141) zufolge ist dieses „die zentrale moderne Rechtfertigungsidee in der gesellschaftlichen Statusverteilung“. Dies deckt sich mit den Eindrücken, die ich im Laufe meiner Arbeit gewinnen musste.

Der Leistungsgedanke suggeriert, dass soziale Ungleichheit als individuelles – und damit *nicht als gesellschaftliches* – Problem zu begreifen sei. Nur arbeitsscheue Menschen finden sich dieser Vorstellung zufolge am unteren Ende des gesellschaftlichen Positionsgefüges wieder – und das völlig zu Recht. Durch diese individuelle Pathologisierung gesellschaftlicher Ungleichheit wird, wie Keupp und Schneider (2014: 214) betonen, soziale Ungleichheit zugleich entpolitisiert. Politik im Allgemeinen und die Sozialgesetzgebung im Besonderen befassen sich mit gesamtgesellschaftlichen Themen und nicht mit den Problemen einzelner Individuen. Durch das ausgeprägte Leistungsideal, das sich in der „Hartz IV“-Gesetzgebung offenbar in besonderem Maße niederschlägt, wird soziale Ungleichheit also zunehmend individualisiert und zugleich legitimiert (Lessenich 2003: 217f.; Neckel et al. 2004: 141). Konsumgüter bzw. materieller Wohlstand fungieren dabei als gesellschaftliches Symbol für die Leistungsbereitschaft einer Person: Wer bestimmte Güter nicht finanzieren kann, wird dadurch als wenig leistungsbereit charakterisiert (Voswinkel 2013: 124f.; 130). Im Umkehrschluss werden bestimmte Güter von Armut Betroffenen gar nicht mehr zugestanden – schließlich seien sie nur arm, weil sie nicht leistungsbereit seien. Voswinkel (2013: 125) spricht diesbezüglich von einer „Verdinglichung von Anerkennung“.

Die Hartnäckigkeit und Ubiquität des Leistungsprinzips als Bedingung gesellschaftlicher Achtbarkeit ist umso erstaunlicher, als dass bereits zahlreiche Studien belegen, wie schlecht es um die soziale Mobilität und damit um die Aufstiegschancen und die Chancengleichheit in Deutschland tatsächlich bestellt ist (vgl. Pollak 2010: 36ff.; Schnitzlein 2013; OECD 2015: 109). Auch die empirischen Ergebnisse dieser Studie weisen, wie oben dargestellt, darauf hin, dass vor allem der soziale Status der Eltern wesentlich die Zukunftschancen der Kinder beeinflusst – und nicht die individuelle Leistungsbereitschaft und -fähigkeit. Wolfgang Engler (2005: 300) bezeichnet diesen Umstand etwas polemisch und doch erschreckend treffend als „Landgewinn des Feudalismus auf dem Territorium der Moderne“.

Sogar der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013) setzt seinen Analysefokus auf die soziale Mobilität in Deutschland und charakterisiert soziale (Chancen-)Ungleichheit damit als gesellschaftliches und nicht als individuelles Problem. In arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen spiegelt sich dieses Erkenntnis bisher aber offenbar kaum wider. Im Gegenteil, die „Hartz IV“-Gesetzgebung läuft dem Empfinden der Betroffenen

zufolge¹⁷ sogar dem verfassungsrechtlichen Grundsatz, jeder Mensch habe qua Geburt eine ihm eigene Würde (Artikel 1 GG) und damit einen Eigenwert und einen Anspruch auf Autonomie, zuwider. Wer nichts – in Form von Erwerbsarbeit – leistet, dem wird durch die aktuelle Gesetzgebung durch den Status als ALG-II-BezieherIn symbolisch seine/ihre Würde und Autonomie abgesprochen. Klaus Dörre resümiert, „Hartz IV“ habe „einen gesellschaftlichen Status unterhalb einer Schwelle der Respektabilität geschaffen“, weil es die staatliche Kontrolle des gesamten alltäglichen Lebens der Betroffenen bedeute¹⁸ (Dörre 2011: 112).

Durch geringe Regelsätze wird symbolisiert und suggeriert, dass diejenigen, die von diesen Beträgen ihren Alltag bestreiten müssen, nicht mehr Geld *verdient* hätten, weil sie nicht leistungsbereit seien. Ein großer Teil der Bevölkerung teilt offenbar diese Ansicht und würde armen Familien sogar noch weniger Geld zugestehen (Hörstermann/Andreß 2015: 189). Dies erscheint nach den Erkenntnissen, die im Rahmen dieser Betrachtungen gewonnen wurden, umso erschreckender, denn wie sich deutlich gezeigt hat, sind die Regelsätze in beiden hier betrachteten Fällen nicht ausreichend: Das Ehepaar Peters veräußert seine Eheringe (!), um die *alltäglichen Sorgeleistungen*¹⁹ (in diesem Fall das Wäschewaschen) für die Familie sicherzustellen, während Schulzes finanzielle Engpässe durch Verzicht, Inanspruchnahme der Tafel und irreguläre Beschäftigungsverhältnisse zu kompensieren suchen. Auch andere Studien kamen bereits zu dem Ergebnis, dass die Grundsicherungsbeträge zu knapp kalkuliert sind (Hirsland/Ramos Lobato 2010: 23ff.; Becker/Schüssler 2014).

Zudem zeichnet sich in der Ungleichheits- und Gesundheitsforschung gleichermaßen ab, dass die strikte Orientierung auf Leistung nicht nur für arme Familien, sondern auch für einen Großteil der Mehrheitsgesellschaft mit negativen Folgen einhergeht: So befürchten immerhin 50 % der Bevölkerung selbst abstiegsgefährdet zu sein, weil die individuelle Leistungsbereitschaft kein Garant mehr für den sozialen Aufstieg sei (vgl. Neugebauer 2007; Nachtwey 2017: 135). Infolgedessen, so die Annahme, versucht ein Teil der Bevölkerung, sich verstärkt von schlechter gestellten sozialen Gruppen abzugrenzen und deren geringeren sozialen Status zu rechtfertigen (Heitmeyer/Endrikat 2008: 65f.; Grimm 2013: 96), um so die eigenen existenziellen Ängste zu mindern. Grund für die starke Diskriminierung von armen Familien, wie wir sie im hier untersuchten Material wahrnehmen konnten, ist also insbesondere auch die Angst, bald selbst betroffen zu sein.

Der stark ausgeprägte Leistungsgedanke – und ihn reproduzierende und verschärfende politische Maßnahmen – führen also zu Konkurrenzdruck und Angst in der Bevölkerung und gefährden so auf lange Sicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das kann das Vertrauen in die Politik mindern, führt langfristig zu geringerer Wahlbeteiligung und schwächt dadurch die demokratische Ordnung (Butterwegge 2015: 245f.). Das Leistungsprinzip, wie es sich aktuell gestaltet, sollte daher nicht länger eine wesentliche Grundlage sozialstaatlicher politischer Entscheidungen sein.

¹⁷ Ich beziehe mich hier auf Jenny Peters' Statement: „Mit Würde hat Hartz IV in keinstem Fall mehr was zu tun. Gar nicht mehr. Gar nichts mehr. Also man ist kein Mensch mehr“ (Paarinterview NK2, S. 23, Z. 22-23 und 27).

¹⁸ Schließlich muss dem Jobcenter über etwaige finanzielle Rücklagen, die Form des Zusammenlebens etc. Rechenschaft abgelegt werden.

¹⁹ Im Laufe des Interviews wird auch deutlich, dass die Eltern am Monatsende oftmals weniger essen, damit die Kinder auf nichts verzichten müssen.

Um Artikel 1 des Grundgesetzes gerecht werden zu können, müsste dessen Grundgedanke, demzufolge jeder Mensch unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit einen eigenen Wert und Würde hat, sich in politischen Maßnahmen in sehr viel stärkerem Maße als bisher widerspiegeln. Auch weisen die empirischen Ergebnisse dieser Studie darauf hin, dass insbesondere die „Hartz IV“-Gesetzgebung dem Menschenbild des ersten Artikels GG tendenziell zuwiderläuft.²⁰ Aus meiner Sicht sollten die hier festgelegten Regelungen und ihre Folgen für die Betroffenen noch einmal gezielt auf ihre Verfassungsmäßigkeit geprüft werden.

Um den Abstiegsängsten in der Bevölkerung und damit der Diskriminierung armer Familien entgegenzuwirken, wäre es notwendig, die soziale Sicherheit²¹ und Gerechtigkeit²² insgesamt zu verbessern (Neugebauer 2007: 139ff.). Auch politische Diskurse, ihre thematische und sprachliche Ausgestaltung spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Die demokratischen Parteien sollten sich bewusst zum Ziel setzen, die in der Gesellschaft vorherrschenden Wertvorstellungen in eine solidarischere und humanitäre Richtung mitzugestalten.

Diese zeitlich begrenzte Arbeit kann lediglich ein erster Schritt auf einem langen Weg sein, wenn es darum geht, die komplexen Prozesse und Logiken alltäglicher Stigmatisierung zu durchdringen. Der Beitrag von Projekten wie „Lebenszusammenhänge in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften“ (FAL€HA), die sich in sozial-sensitiver Weise der Lebenswirklichkeit der Betroffenen nähern und sich bemühen, die Perspektiven möglichst aller Mitglieder einer sozialen Lebenswelt – in diesem Fall der Familie – einzufangen, ist dabei als sehr wertvoll einzustufen. Weitere Forschungsvorhaben dieser Art sollten unbedingt verfolgt werden. Die Betroffenen selbst müssen verstärkt zu Wort kommen, es gilt, ihre Position im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu stärken, um ein umfassenderes Bild von der Lebenswirklichkeit armer Familien in Deutschland zu bekommen – und so einseitigen Machtverhältnissen in Alltagsdiskursen, und damit auch in der Gesellschaft, entgegenzuwirken.

²⁰ Interessant könnte es hier z. B. für die politischen EntscheiderInnen sein, sich zu Zwecken der Perspektiverweiterung näher mit den Ansätzen des bedingungslosen Grundeinkommens zu befassen, dessen Menschenbild dem ersten Artikel GG viel näher kommt (vgl. Liebermann 2015: 15ff.; Hohenleitner/Straubhaar 2008: 21ff.).

²¹ Als Beispiel: 2011 waren 24 % aller Arbeitnehmer (ohne Auszubildende und ABM-Teilnehmende) im Niedriglohnssektor beschäftigt (DIW 2016).

²² Bspw. weist Deutschland verglichen mit anderen Ländern eine starke Vermögensungleichheit auf (Gini-Koeffizient: 0,78) (Grabka/Westermeier 2014: 151ff.; 156).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Genogramm der Familie Peters	15
Abbildung 2	Praktiken und Prozesse alltäglicher Stigmatisierung im Diskursstrang des Ehepaars Peters	17
Abbildung 3	Genogramm der Familie Schulz.....	20
Abbildung 4	Praktiken und Prozesse alltäglicher Stigmatisierung im Diskursstrang des Ehepaars Schulz.....	21
Abbildung 5	Praktiken im Bezug auf Stigmatisierung und Vorstellungen sozialer Respektabilität: Beide Familien im Vergleich	25

Literatur

- Allert, T. (1998): Die Familie. Fallstudien zur Unverwüstlichkeit einer Lebensform. Berlin: Walter de Gruyter.
- Becker, I. (2007): Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II Grenze in Germany. SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 4. Online verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/56535/diw_sp0004.pdf (03.08.2016).
- Becker, I.; Hauser, R. (2005): Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen. Berlin: edition sigma.
- Becker, I.; Schüssler, R. (2014): Das Grundsicherungsniveau: Ergebnis der Verteilungsentwicklung und normativer Setzungen. Eine empirische Analyse auf Basis der EVS 2003 und 2008. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Berger, P. L.; Luckmann, T. (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH.
- Blumer, H. (1973): Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 80-146.
- Bünning, M. (2016): Sozialstruktur und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 201-208.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2016): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Artikel 1. Online verfügbar unter: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html (02.06.2016).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn: BMAS.
- Butterwegge, C. (2015): Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK.
- dbb Beamtenbund (Hrsg.) (2014): Bürgerbefragung öffentlicher Dienst. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen. Berlin: dbb Verlag.
- Dickson-Swift, V.; James, E. L.; Liamputtong, P. (2008): Undertaking Sensitive Research in the Health and Social Sciences: Managing Boundaries, Emotions and Risks. Cambridge: Cambridge University Press.

- DIW (2016): Niedriglohnsektor (Niedriglohn). Online verfügbar unter:
https://www.diw.de/de/diw_01.c.433588.de/presse/diw_glossar/niedriglohnsektor_niedriglohn.html (20.07.2016).
- Dörre, K. (2011): Diskriminierende Prekarität. Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Hammerschmidt, P.; Sagebiel, J. (Hrsg.): Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher, S. 97-120.
- Engler, W. (2005): Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Glaser, B. G.; Strauss A. L. (2005): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. 2., korrigierte Auflage. Bern: Verlag Hans Huber.
- Goffman, E. (1980): Stigma: Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Grabka, M. M.; Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW Wochenbericht 9/2014, S. 151-164.
- Grimm, N. (2013): Statusinkonsistenz revisited! Prekarisierungsprozesse und soziale Positionierung. In: WSI Mitteilungen 2/2013, S. 89-97.
- Heitmeyer, W.; Endrikat, K. (2008): Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 55-72.
- Hirschman, A. O. (2004): Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmen, Organisationen und Staaten. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hirsland, A.; Ramos Lobato, P. (2010): Armutsdynamik und Arbeitsmarkt. Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen. IAB-Forschungsbericht 3/2010. Nürnberg: IAB.
- Hohenleitner, I.; Straubhaar, T. (2008): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte. In: Straubhaar, T. (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte. Hamburg: Hamburg University Press, S. 9-127.
- Honneth, A. (1990): Integrität und Missachtung. Grundmotive einer Moral der Anerkennung. In: Merkur (44.12), S. 1043-1054.
- Hörstermann, K.; Andreß, H.-J. (2015): "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!" Eine Vignettenanalyse zur Bestimmung eines Einkommensmindestbedarfs. In: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 61, H. 2, S. 171-198.
- Jäger, S. (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Münster: Unrast-Verlag.

- Keupp, H.; Schneider, W. (2014): Individualisierung und soziale Ungleichheit – Zur legitimatorischen Praxis von Inklusion und Exklusion in der Zweiten Moderne. In: Schneider, W.; Kraus, W. (Hrsg.): Individualisierung und die Legitimation sozialer Ungleichheit in der reflexiven Moderne. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 193-214.
- Kreher, S. (2017): Wer spricht wie, wenn wir über und mir als arm geltenden Familien reden? In: Kreher, S.; Welti, F. (Hrsg.): Soziale Rechte und gesellschaftliche Wirklichkeiten: Interdisziplinäre Konferenz des Forschungsverbunds für Sozialrecht und Sozialpolitik (FoSS) der Hochschule Fulda und der Universität Kassel, 03./04. September 2015. Tagungsband. Kassel: kassel university press, S. 68-85.
- Kreher, S.; Marr, E.; Keller, C. (2010): Einen Porsche Cayenne mit Wohnanhänger fahren, eine eigene Katze haben dürfen oder bei einer Freundin übernachten? Wie Kinder ihre Vorstellungen von einem "guten Leben" heute zum Ausdruck bringen. In: Forum Gemeindepsychologie, Jg. 15, Ausgabe 3.
- Kreher, S.; Matthäus, K. (2012): Armut nach gesetzlicher Lesart – ländliches Prekariat – Unterschicht? Zur Wahrnehmung von Armut und zur sozialen Konstruktion der/des Armen in der ostdeutschen Gesellschaft. In: Kreher, S. (Hrsg.): Von der „Leutenot“ und der „Not der Leute“. Armut in Nordostdeutschland. Wien/Köln/Weimar: Böhlau-Verlag, S. 185-220.
- Kreher, S.; Schneider, W. (2015): Lebenszusammenhänge in Mehrpersonen-Bedarfsgemeinschaften. Zwischenbericht 2015 (Stand: 02.11.2015) [unveröffentlicht].
- Lessenich, S. (2003): Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“. In: WSI Mitteilungen 4/2003, S. 214-220.
- Liebermann, S. (2015): Aus dem Geist der Demokratie: Bedingungsloses Grundeinkommen. Frankfurt am Main: Humanities Online.
- Link, J. (2005): kultuRRevolution – ein notwendiges Konzept. In: DISS-Journal 14, S. 17-18. Online verfügbar unter: <http://www.diss-duisburg.de/2005/12/kulturrevolution-ein-notwendiges-konzept/> (04.06.2016).
- Meier-Gräwe, U. (2015): Die Arbeit des Alltags – Warum wir sie gesellschaftlich neu organisieren und geschlechtergerecht verteilen müssen. In: Meier-Gräwe, U. (Hrsg.): Die Arbeit des Alltags. Gesellschaftliche Organisation und Umverteilung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1-36.
- Nachtwey, O. (2017): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Neckel, S. (1991): Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Neckel, S.; Dröge, K.; Sömm, I. (2004): Welche Leistung, welche Leistungsgerechtigkeit? Soziologische Konzepte, normative Fragen und einige empirische Befunde. In: Berger, P. A.; Schmidt, V. A. (Hrsg.): Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 137-164.

- Neugebauer, G. (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.
- OECD (2015): Bildung auf einen Blick 2015. OECD-Indikatoren. Online verfügbar unter: http://www.oecd-ilibrary.org/education/bildung-auf-einen-blick-2015_eag-2015-de;jsessionid=tbaaid646uoo.x-oecd-live-02 (Tabellen generiert am 18.07.2016).
- Oevermann, U.; Allert, T.; Konau, E.; Krambeck, J. (1979): Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, S. 352-433.
- Pollak, R. (2010): Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Pollak, R. (2016): Soziale Mobilität. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 209-217.
- Rosendorfer, T. (2012): Armut und Konsum. Analyse der Haushaltsbudgets von Klienten der Budgetberatung von FIT-FinanzTraining. Expertise für den Münchner Armutsbericht 2012 zum Handlungsfeld „Konsum und Schulden“. München: Amt für Soziale Sicherung, Schuldner- und Insolvenzberatung, Sozialreferat.
- Schmidt, B. (2010): Der kleine Unterschied: Gesundheit fördern – und fordern. In: Paul, B.; Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Risiko Gesundheit. Über Risiken und Nebenwirkungen der Gesundheitsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23-37.
- Schnitzlein, D. D. (2013): Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg. In: DIW Wochenbericht 4/2013, S. 3-10.
- Statistisches Bundesamt (2015): Ausstattung privater Haushalte mit elektrischen Haushalts- und sonstigen Geräten – Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/AusstattungGebrauchsguetern/Tabellen/Haushaltsgeraete_D.html (02.06.2016).
- Tophoven, S. (2011): Schulleistung von Kindern und familiäre Einkommensarmut. In: Berger, P. A.; Hank, K.; Tölke, A. (Hrsg.): Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 237-258.
- von Kardorff, E. (2009): Goffmans Stigma-Identitätskonzept – neu gelesen. In: Willems, H. (Hrsg.): Theatralisierung der Gesellschaft. Band 1: Soziologische Theorie und Zeitdiagnose. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 137-157.
- Voswinkel, S. (2013): Gekaufte Wertschätzung? Anerkennung durch Konsum. In: Honneth, A.; Lindemann, O.; Voswinkel, S. (Hrsg.): Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, S. 121-154.

Welsch, N. (2016): Über Prozesse der Zuschreibung sozialer Positionen und ihre wissenschaftliche Untersuchung. Aktualität, Rezeption und Reichweite von Erving Goffmans Stigma-Theorie in der gesundheitswissenschaftlichen Ungleichheitsforschung. Fulda: Hochschule Fulda [unveröffentlicht].

ISBN 978-3-940713-20-9

pg-papers 03/2017

Fachbereich Pflege und Gesundheit

Hochschule Fulda

Leipziger Straße 123

36037 Fulda